# Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 434. Mittag-Ausgabe. Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Dinstag, den 17. September 1878.


## Deutschland.

### O. C. Reichstags-Verhandlungen.

#### 4. Sitzung vom 16. September.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes: Graf Stolberg, Graf zu Eulenburg, von Kameke, von Mittnacht, Hofmann u. A. Die Tribünen sind überfüllt.

Die erste Berathung des Gesetzentwurfes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie wird vom Stellvertreter des Reichskanzlers, Grafen Stolberg folgendermaßen eingeleitet: Es ist nicht meine Absicht, Ihnen eine ausführliche Darlegung zu geben von den Ansichten der verbündeten Regierungen in Bezug auf die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie, die der vorliegende Entwurf enthält; ich glaube in der That, daß Jeder, der den öffentlichen Verhältnissen der letzten Monate gefolgt ist, vollständig klar darüber sein wird, welche Stellung zu dieser bewegenden Frage die Regierungen einnehmen. Zudem ist der Gesetzentwurf, der Ihnen vorliegt, von so ausführlichen und eingehenden Motiven begleitet. Es enthält so genau die Darlegung der Erwägungen, aus welchen die verbündeten Regierungen ein gesetzliches Einschreiten für nothwendig halten, daß es auf eine Wiederholung dieser Darlegungen herauskommen würde, wenn ich Ihnen gegenüber im Einzelnen diese Bestimmungen hier vertreten wollte. Es wird sich in den weiteren Stadien der Berathung Gelegenheit finden, die Stellung der Bundesregierungen zu vertreten. Das Eine will ich aber hier nur kurz mit voller Bestimmtheit erklären, daß die verbündeten Regierungen von der Nothwendigkeit durchdrungen sind, Waffen der Art, wie der Entwurf sie vorschlägt und in Anspruch nimmt, zu erhalten, wenn anders sie in der Lage sein sollen, den Gefahren mit Erfolg und wirksam entgegenzutreten, mit welchen die socialdemokratische Bewegung Staat und Gesellschaft bedroht. Daß diese Gefahren bestehen, davon werden Sie, meine Herren, mit wenigen Ausnahmen wohl Alle überzeugt sein. Ich möchte hierbei gleich der Annahme im Voraus entgegentreten, als ob die verbündeten Regierungen sich in der Illusion befänden, daß die hier vorgeschlagenen Maßregeln allein ausreichen könnten und würden, der Bewegung mit Erfolg entgegenzutreten und sie zu beseitigen.

Nein, meine Herren, die schwierigste Arbeit wird auf anderen Gebieten liegen. Es wird darauf ankommen und wird Pflicht sein für den Staat und freie Vereinigungen, für öffentliche Corporationen, wie für die Einzelnen, darauf hinzuwirken, daß Gottesfurcht, Treue, Fleiß, Sparsamkeit, Zuverlässigkeit in Handel und Wandel gekräftigt werden. (Beifall.) Daß die Verführungen der Socialdemokratie auf diese Weise nicht mehr so festen Boden gewinnen, daß die Truggebilde ihrer Theorien beseitigt werden und dafür gesorgt wird, daß nicht diese Agitationen unter irgend einem Scheine von Gesetzlichkeit betrieben werden können. (Beifall.) Diese letztere Thätigkeit ist durchaus nothwendig, wenn es gelingen soll, der Bewegung mit Schärfe und mit Erfolg entgegenzutreten. Wenn der Staat solche wirksamen und scharfen Mittel in Anwendung bringt, dann handelt er nicht allein im Interesse seiner Selbsterhaltung, sondern zugleich im Interesse der Bevölkerung selbst, namentlich der arbeitenden Bevölkerung, die bisher vor allem den Umtrieben der socialdemokratischen Bewegung ausgesetzt gewesen ist. (Sehr wahr! Beifall) Ich beschränke mich auf diese wenigen Worte, nur die eine Bitte möchte ich noch an Sie richten: wenn Sie davon überzeugt sind, oder wenn Sie noch im Laufe der Verhandlungen die Ueberzeugung gewinnen sollten, daß es außerordentlicher Maßregeln bedarf, dann bitte ich Sie, gewähren Sie uns scharfe und wirksame Waffen; mit halben Maßregeln wird mehr geschadet als genützt. (Beifall rechts.)

Abg. Reichensperger (Olpe): Die Worte des Vertreters des Reichskanzlers sind gewiß auf allen Seiten des Hauses mit Befriedigung vernommen worden, obgleich ich gewünscht hätte, daß derselbe etwas näher auf die Vorlage eingegangen wäre, da durch die letztere der Gegensatz, welcher die Ablehnung der früheren Vorlage mit großer Majorität zur Folge hatte, nicht beseitigt worden ist. Die Gefahren der socialdemokratischen Bestrebungen sollen durch ein Ausnahmegesetz bekämpft werden. Der Reichstag und der Bundesrath haben anerkannt, daß es unzulässig sei, sie durch eine Veränderung des gemeinen Rechts zu bekämpfen. Nun hat bereits der vorige Reichstag in dem wesentlich analogen Gesetzentwurf die scharfe juristische Definition desjenigen vermißt, was verfolgt werden soll, und anerkannt, daß er nicht die Gefahren wirksam bekämpfe, sondern eine allgemeine Unfreiheit und Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte der ganzen Nation herbeiführe. Seitdem ist allerdings ein schmerzliches Novum dazwischen getreten, ein zweites Attentat ist gegen das von der dreifachen Majestät des Ranges, des Ruhmes und des ehrwürdigsten Greisenalters geweihte Haupt unseres Kaisers von einer zweiten Mörderhand begangen worden. Zweifellos hat die Schandthat eine allgemeine Entrüstung und Verurtheilung hervorgerufen, und jeder Vertreter des deutschen Volkes wird sich bereit erklären, alle gesetzlichen Mittel zu gewähren, welche jenen Miasmen und Gefahren entgegenarbeiten, wofern nur jene Mittel nicht auf anderen Seiten weit größere Gefahren mit sich bringen. Ich behaupte nicht, daß diese Mordgesellen der Partei angehört haben, die hier bekämpft werden soll, aber zu meiner Verurtheilung jener Bestrebungen bedarf es dessen nicht. Solche schreckliche Ereignisse mußten hier oder dort hervorgehen aus der Saat der Agitation, welcher sich jene Partei schuldig gemacht hat durch Erregung der Leidenschaften gegen alle rechtliche und sittliche Lebensordnung. Das kann kaum irgendwo tiefer empfunden werden, als von mir und meinen Freunden; denn mit Recht hat der Abg. Bebel auf der Tribüne den Katholicismus als den Todfeind der Socialdemokratie bezeichnet, wir würden also am bereitesten sein, jenem Uebel mit allen nothwendigen Mitteln entgegenzuarbeiten.

Die Vorlage bietet aber nach keiner Seite eine Garantie, daß sie als Ausnahmegesetz wirken kann und wird, oder auch nur daß sie geeignet ist, den Bestrebungen der socialdemokratischen Partei wirksam entgegenzutreten. Wenn man jenem Uebel mit der stärksten Polizeiorganisation steuern könnte, wie könnten dann in Rußland gegenüber der unbeschränktesten Polizeigewalt die Bestrebungen des Nihilismus immer fruchtbareren Boden finden und die Attentate sich vermehren? Die Vorlage fordert für den Bundesrath die Befugniß, gegen eine ganze Klasse von Staatsbürgern eine Beschränkung der Freiheitsrechte auszusprechen, nicht wie die frühere Vorlage für eine bestimmte Reihe von Jahren, sondern ohne Einschränkung auf einen bestimmten Zeitraum. An Stelle des Begriffes „Umsturz", der für die frühere Vorlage ein Amendement wollte, ist der Begriff „Untergrabung" getreten. Gegenüber solchen Bestimmungen war die Fassung der Novelle zum Strafgesetzbuch, welche von Angriffen auf die Familie, Ehe u. s. w. sprach, unendlich schärfer und präciser. Wenn der Reichstag damals die betreffenden Bestimmungen einstimmig als unzureichend verwarf, so muß dies in erhöhtem Maße mit der jetzigen Vorlage geschehen: denn die Novelle wollte nur die einzelnen Uebertreter mit Gefängnißstrafen belegen, während heute ganze Kategorien der Bevölkerung in ihren wichtigsten Freiheitsrechten beschränkt werden sollen. Was kann schließlich nicht als eine Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung aufgefaßt werden? Wenn von verschiedenen Parteien des Reichstages dahin gestrebt wird, dem Reiche, im Gegensatz zu dem jetzigen Zustande, selbstständige Einnahmen zu verschaffen, so weiß ich nicht, ob darin nicht eine Untergrabung der bestehenden Ordnung gefunden werden kann. Bis auf die letzte Zeit hat man die Ehe als ein wesentlich kirchliches Institut betrachtet; man hat den Charakter dieses fundamentalsten Institutes des Staates und der Gesellschaft verändert, und ich begreife, daß man die Anhänger der Civilehe als solche betrachten könnte, welche die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung untergraben wollen.

Was das Eigenthum betrifft, so bekämpfen es die Socialdemokraten keineswegs als solches, sondern nur in einer bestimmten Erscheinungsform; der Bundesrath selbst hat in der Strafgesetznovelle ausgesprochen, daß nicht jede bestehende Einrichtung als ein sacrosanctum behandelt werden solle; wo liegt da die Grenze für die Billigung des einen und die Zurückweisung des anderen? Der Bundesrath hat zudem eine Reihe der wichtigsten Forderungen der Socialdemokratie zu seinen eigenen gemacht; er hat die Einführung des allgemeinen Stimmrechts, das Verbot der Sonntagsarbeit befürwortet. Man hat einen berechtigten Kern der Socialdemokratie anerkannt, und der Bundesrath wird doch nicht sagen können, daß von jetzt ab alle ihre Bestrebungen abzuschließen seien und daß sie damit mundtodt gemacht werden könne. Ich habe die Zeit erlebt, wo die wohlgesinnten Männer des Landes daran erinnert haben, daß der Bauer doch auch ein Mensch sei; ich wundere mich, heute daran erinnern zu müssen, daß auch die Socialdemokraten Staatbürger sind. Der Bundesrath möge sich hüten, den Verführern der Massen die gefährliche Waffe in die Hand zu geben, daß sie sagen könnten, die Massen werden nicht mehr als Staatsbürger betrachtet. Wenn auch nicht öffentlich, so würde diese Rede doch von Ohr zu Ohr fortschleichen. und zwar in der vergiftetsten Weise. Unter den Einzelbestimmungen würde die des § 3, wonach die beschlagnahmten Gelder der Vereinskassen confiscirt werden sollen und worin der Bundesrath selbst communistische Anschauungen theilt, entschieden demoralisirend wirken. Durch das nach § 20 mögliche Verbot des Waffenverkaufes wird Niemand verhindert werden können, sich eine Waffe zum Attentat zu verschaffen. Mit der jetzigen Vorlage werden die Gefahren nicht beseitigt werden. Das Uebel, welches wir heute angreifen, ist nicht vom heutigen Tage, sondern so alt wie die Menschheit: in Rom waren die Sclavenaufstände, später die Jacquerien, die Bauernkriege die Folgen des Uebels, das hier bekämpft werden soll. Aber heute ist es viel bedenklicher als jemals, weil es einen gemeinschaftlichen Charakter angenommen hat von Rußland über den Continent bis nach Amerika. Seine Verbreitung fällt, der Zeit nach, zusammen mit der unerhörten Entfesselung aller privaten und öffentlichen Leidenschaften gegen die Religion. Jener geistige Vergiftungsproceß der Massen im Deutschen Reich ist nur dadurch möglich geworden, daß die Agitatoren dem Volke vorführen konnten, mit diesem Leben sei Alles zu Ende und die bestehende Gesellschaftsordnung müsse geändert werden, um Alle des irdischen Genusses theilhaftig zu machen.

Hier können nicht die Bestimmungen des Bundesraths helfen, sondern Abhilfe kann nur geschafft werden durch das Christenthum. Wenn es dahin kommen sollte, die versöhnliche, christliche Ueberzeugung aus dem Herzen des Volkes zu reißen, dann werden die Massen das Elend, welches sie drückt, nicht mehr ertragen können, und sie werden sich, ihrer Zahl bewußt, erheben, um die staatliche Ordnung zu stürzen. Mit Recht lehrte daher Proudhon, daß vor allen Dingen der Gedanke an das Jenseits aus dem Herzen des Volkes gerissen werden müsse, wenn seine Lehre Boden finden solle. Diesen Standpunkt hat man in Deutschland angenommen, und eine Abhilfe ist nur möglich, wenn, wie ein anderer Mund gesprochen hat, dem Volk die Religion erhalten, oder — leider muß man es sagen — wiedergegeben wird. Es ist eine Umkehr nothwendig, nicht blos bei den arbeitenden, sondern auch bei den besitzenden Klassen: das Uebel ist von oben ausgegangen und muß von oben geheilt werden. Ist das nicht der Fall, so wird bei uns eine socialdemokratische Generation der Zukunft erwachsen, gegen welche die Pariser Commune eine Idylle ist. Dagegen Polizeimaßregeln anwenden, wäre dasselbe, als wollte man den Krater eines Vulkans mit einem Polizei- oder Bundesrathssiegel verschließen. Den vorliegenden Gesetzentwurf halte ich für ebenso unannehmbar, wie unamendirbar; dagegen bedarf unser Strafgesetzbuch in mehr als einer Richtung der Abänderung und Erweiterung. Nicht blos die wirklich versuchte Revolution, sondern auch die Aufstellung der Theorie derselben ist bereits strafbar; ebenso ist die Religion, der Glaube an das Dasein Gottes, die Grundlage aller Staatsordnung, weil mit diesem Glauben die Verantwortlichkeit für alles Handeln verknüpft ist, nicht genügend geschützt. Die Vorlage macht gar keine Unterscheidungen, nach ihr müssen die Christlich-Socialen, die Kathedersocialisten und die Staatssocialisten mit den Socialdemokraten in einen Topf geworfen werden, wie denn ja auch Graf Bethusy-Huc in der vorigen Session erklärt hat, die christlich-sociale Partei sei eben so verdammenswerth wie die Socialdemokratie selbst. Und hat man uns doch sogar in letzter Zeit officiös und officiell gesagt, die Socialdemokratie sei nur das consequente Kind, die Nationalliberalen aber das inconsequente Kind der Fortschrittspartei. (Heiterkeit.) Auf dem von mir angedeuteten Wege werden bessere Resultate erzielt werden; dagegen spreche ich mich gegen die Vorlage und jede Amendirung derselben aus.

Abg. v. Helldorff: Die neue Vorlage ist eine entschiedene Verbesserung der dem vorigen Reichstag gemachten, und wir, die wir dem Grundgedanken des alten Entwurfes zugestimmt haben, werden derselben im Großen und Ganzen zustimmen. Mit diesem Gesetze allein kann das Ziel natürlich nicht erreicht werden, wie dies der Stellvertreter des Reichskanzlers bereits ausgeführt hat. Die Frage: ob Ausnahmegesetz oder nicht, ist ja gewissermaßen die Parole des Wahlkampfes gewesen; aber dieser Ausdruck hat zu vielfachen Mißverständnissen Anlaß gegeben. Will man denn einer bestimmten Kategorie von Staatsbürgern Rechte entziehen? Nein, man will sie nur hindern, den Staat zu untergraben; ein Recht auf eine derartige Agitation kann doch nicht constatirt werden. Die Frage, ob das bestehende Recht ausreiche, muß ich entschieden verneinen. Damit macht man allen denen, welche die Ausführung der Gesetze handhaben, einen schweren Vorwurf. Ein Mangel muß allerdings anerkannt werden: die Gerichte haben sich bei den Processen gegen socialdemokratische Ausschreitungen mehr von Rücksichten der Humanität als der Staatserhaltung leiten lassen. Die Rücksicht auf die Staatsautorität ist erst in der letzten Zeit mehr in den Vordergrund getreten, bei den in Folge der Attentate eingeleiteten Processen wegen Majestätsbeleidigung. Kann man sich wundern, wenn die Energie und Thatkraft der Polizei nachgelassen hat, daß ihre Autorität gesunken ist. Die Stimmung der Zeit, die Behandlung der Beamten in der Presse und sogar in parlamentarischen Körperschaften hat auf die Anschauungen des Volkes eingewirkt. (Sehr richtig! rechts.) Dieses Uebel läßt sich nicht bessern durch Gesetze, sondern nur durch Hebung des sittlichen Ernstes in allen Berufsständen; denn überall hat sich diese Ansicht Platz gemacht, da müssen wir uns alle mehr oder weniger selbst Schuld geben.

Der Vorwurf, daß die mangelhafte Anwendung der Gesetze die Ausbreitung der Socialdemokratie gefördert habe, ist übertrieben, berechtigt aber nicht zu dem Schluß, daß wir das generelle, allgemeine Recht ändern müssen. Zur Beseitigung des Nothstandes genügt ein Präventivgesetz, wie das vorliegende. Wenn man die Definition in § 1 nicht klar und bestimmt genug gefunden hat, so muß ich allerdings auch anerkennen, daß eine vollständig klare Definition nicht möglich ist. Aber wenn man sich sagt, die Maßregeln sollen sich gegen die deutsche Socialdemokratie oder vielmehr gegen die deutsche Abtheilung der internationalen Communistenpartei richten, so kann nur Jemand, der sich gar nicht um die Geschichte dieser Partei gekümmert hat, sagen, daß dieser Begriff kein abgeschlossener sei. Nach den beiden, die deutsche Nation in ihren Gefühlen aufs Tiefste verletzenden Attentaten mußte man sich fragen: Warum haben wir in Deutschland gerade den zweifelhaften Vorzug, das Musterland der Socialdemokratie, die Hoffnung der Internationale zu sein? Ich meine, in unserem Nationalcharakter liegt ein tiefer Zug der Humanität, ein hoher Idealismus und eine gewisse Neigung, die praktischen Rücksichten außer Ansatz zu lassen. Nur so erklärt es sich, daß man humanitäre Bestrebungen zur Besserung der Lage der arbeitenden Klassen verwechseln kann mit den deutschen socialistischen und communistischen Bestrebungen. Ist denn diese Agitation hervorgegangen und angeregt von Leuten, die in mühevoller Arbeit für das Wohl des Volkes ihr Leben hingebracht haben? Nein, an der Wiege des deutschen Socialismus hat nur der Ehrgeiz gestanden. Von den Ausführungen des Vorredners hat eigentlich nur ein Punkt mich und meine Freunde auf das Wärmste berührt, daß er meinte, die schließliche innere Ueberwindung der Socialdemokratie sei nur zu erreichen auf dem Boden der Religion, der christlichen Humanität. Aber daraus die Folgerung zu ziehen, daß deshalb das Präventivgesetz praktisch unwirksam sei, scheint mir doch nicht richtig. Zur wirklichen Ueberwindung der Socialdemokratie müssen wir erst die Agitation in ihrer Verwilderung überwinden. Dazu ist aber noch manches Andere nöthig; ich erinnere nur an die Sittenpolizei, an das Schankwesen, die Scandaltheater und die Schmutzpresse. (Sehr richtig! rechts.)

Vor allen Dingen aber muß die allgemein im Volke herrschende Unzufriedenheit beseitigt werden, und das ist nur möglich, wenn wir wieder zu gesunden wirthschaftlichen Verhältnissen gelangen. (Sehr wahr! rechts. Widerspruch links.) Das trifft also unsere Steuer- und Wirthschaftspolitik. In der Gewerbeordnung ist unsere Hauptaufgabe die, eine neue Organisation der Arbeiter sowie aller Gewerbetreibenden herbeizuführen. Vor allen Dingen entscheidend bei dem vorliegenden Gesetze ist der Punkt: wird das Gesetz praktisch wirksam sein zur Unterdrückung der gegenwärtigen socialistischen und communistischen Agitation? Was die Frage der Beschwerde-Instanz angeht, so muß ich sagen, daß ich mich der Vorlage anschließen kann. Der Bundesraths-Ausschuß, früher das Reichsamt, hat doch mit der Entscheidung von Rechts wegen nichts zu thun; es handelt sich lediglich um solche Fragen: ist in einem bestimmten Falle eine socialistische Thätigkeit vorhanden? Der Gedanke, daß es dabei zu Mißbräuchen kommen könne, scheint mir gänzlich ausgeschlossen. Denn es ist doch kaum denkbar, daß die im Ausschuß fungirenden Männer, hochgestellte und gebildete Beamte, in frivoler Weise ihre Befugnisse mißbrauchen werden, denn ohne Frivolität ist ein solcher Mißbrauch nicht zu erwarten. Wenn man uns auf Rußland und die dortigen Zustände der Agitation verweist, so habe ich doch zu viel Vertrauen, als daß ich für Deutschland etwas Aehnliches erwarten sollte. Ich glaube auch nicht, daß sich eine heimliche Agitation in Deutschland lange halten kann. Wer mit der Geschichte der deutschen Socialdemokratie bekannt ist, weiß wie sehr dieselbe mit dem allgemeinen Wahlrecht im engsten Zusammenhang steht. Wenn irgend etwas im Stande ist, die Stimmung im Lande zu verschärfen und die Staatsautorität zu untergraben, so ist es die häufige Ausübung des allgemeinen Wahlrechts. (Sehr richtig! Heiterkeit links.) Sie kommen ja Alle aus der Wahl heraus, haben Sie an dem Wahltreiben Freude gehabt? (Heiterkeit. Sehr richtig! links.) Wir werden dazu kommen müssen, für die allgemeinen Wahlen die Garantien eines reiferen Alters und einer größeren Seßhaftigkeit zu suchen. Vielleicht könnte man auch fragen, ob es nicht nothwendig wäre, die Legislaturperioden zu verlängern. Ich habe Manches erwähnt, was mit dem vorliegenden Gesetz nur im losesten Zusammenhang steht. Ich habe dies thun müssen, weil man gegen uns hauptsächlich mit dem Vorwurf der Reaction gekämpft hat. Niemand hat mehr den Wunsch, deutlich zu sagen, was wir wollen. Ich habe es gesagt, damit man unsere Absichten erkennen kann. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel: In dem Wahlkampfe, welchen der Vorredner erwähnt hat, ist mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln gegen die Socialdemokratie gekämpft worden auf Grund der Vorstellung, daß sie Schuld an den beiden Attentaten auf den Kaiser sei. Da hätte man billig erwarten sollen, in den Motiven der Vorlage niedergelegt zu finden, welche Entdeckungen und Erfahrungen in den Untersuchungen gegen Hödel und Nobiling gemacht worden seien, die wenigstens irgend einen ideellen Zusammenhang zwischen ihnen und der Socialdemokratie darlegten. Statt der gerichtlichen Protokolle bietet man uns leere Worte. Wir fordern die Regierung auf, uns diese Protokolle vorzulegen. Wir haben ein besonderes Interesse an der Untersuchung gegen Nobiling. Niemand aus der socialdemokratischen Partei hat ihn gekannt; dagegen ist nachgewiesen, daß er sich mit Vorliebe und Anerkennung in entschieden liberalen Kreisen bewegt hat. Als die Kunde von dem zweiten Attentat nach Leipzig kam, glaubten wir, daß uns dieser Mensch nun und nimmermehr an die Rockschöße gehängt werden könnte, allein schon am nächsten Morgen war eine amtliche Depesche da, welche lautete: „Bei der späteren, gerichtlichen Vernehmung hat der Dr. Nobiling bekannt, daß er socialistischen Tendenzen huldige, daß er socialistischen Versammlungen beigewohnt habe." Die Depesche, welche diese Nachricht in die Welt schleuderte, ist ausdrücklich als „officiell" bezeichnet. Ich habe das Exemplar in der Hand, welches der Redaction der „Kreuzzeitung" amtlich zugestellt worden ist, mit Noten von der Hand des Redacteurs der „Kreuzzeitung"; es besteht über den amtlichen Charakter nicht der geringste Zweifel. Gleichwohl ist hintennach verschiedentlich constatirt worden, daß überhaupt kein gerichtliches Verhör mit Nobiling vorgenommen sei, daß nichts festgestellt worden sei, was irgendwie als ernsthafter Anhaltspunkt für die Motive des Mörders angesehen werden könnte.

Solche Wolff'sche Depeschen können absolut nicht passiren, ohne amtlich approbirt zu sein. Zum Ueberfluß ist dieser Depesche noch ausdrücklich das Wort „officiell" amtlich hinzugefügt. Offenbar also ist diese Depesche von amtlicher Seite mit Bewußtsein gefälscht worden. (Hört! hört!) Es ist eine der infamsten Verleumdungen, welche je von officieller Seite in die Welt geschleudert worden ist. Ich frage, ob der betreffende Attentäter, der diese Depesche verfaßt hat (Unruhe) zur Verantwortung gezogen worden ist. Dr. Nobiling ist gestorben; er ist für uns zu früh gestorben; Niemand kann seinen Tod mehr bedauern, wie wir, die wir die unverschuldeten Folgen seiner That tragen sollen. Man hat uns in einer Weise verfolgt, die an die dunkelsten Zeiten des Mittelalters erinnert. Man hat Alles gethan, uns zu Gewaltschritten zu verlocken; man hatte an den Attentaten noch nicht genug. Wenn je eine Partei gezeigt hat, daß sie die friedlichste, ruhigste Entwickelung will, so haben es die Socialdemokraten unter den erschwerendsten Umständen gezeigt. Neben den Attentaten sollten wir für die Majestätsbeleidigungen verantwortlich sein. Ich behaupte, daß diese Majestätsbeleidigungen und die gerichtlichen Verhandlungen, welche ihnen folgten, zu den traurigsten Zeichen der neueren deutschen Geschichte gehören, die in vieler Beziehung eine Schmach und Schande nicht blos für das deutsche Volk, sondern auch für die deutschen Gerichte geworden sind. (Oho!)

Präsident: Ich ersuche den Redner, sich zu mäßigen, und nicht Leute zu beleidigen, die außerhalb des Hauses stehen.

Abg. Bebel: Wie viele von den Majestätsbeleidigern waren denn Socialdemokraten? Eine verschwindend kleine Majorität. Es werden nun durch dies Gesetz die socialdemokratischen Bestrebungen bedroht, während zahlreiche Belege dafür vorliegen, daß die angesehensten Personen sich vor diesen Bestrebungen nicht nur nicht gefürchtet, sondern sie zu unterstützen die größte Bereitwilligkeit gehabt haben. (Redner geht nunmehr auf die Beziehungen ein, welche früher zwischen der preußischen Regierung und der Socialdemokratie angeblich bestanden haben sollen und da sich an diese Erörterungen möglicherweise zahlreiche Recriminationen und Repliken knüpfen werden, so geben wir den betreffenden Passus mit stenographischer Genauigkeit wieder.) Hier, meine Herren, komme ich auf einige Punkte, von denen es Pflicht ist, sie der weiteren Oeffentlichkeit zu übergeben, weil sie sehr drastisch beweisen, in welcher Art dieselben Staatsmänner, die uns heute hier als Umstürzler denunciren, als Menschen, die im Geiste ihre Freude darüber hätten, wenn Alles drunter und drüber ginge, wie diese Männer damals in intimsten Beziehungen zu den anerkannten Führern der Socialdemokratie gestanden und um dieselbe zu unterstützen, um ihre äußere und innere Politik gegenüber der nationalliberalen oder der Fortschrittspartei, wie sie sich damals nannte, zu gewinnen, die äußersten Zusagen an die Forderungen des socialistischen Programms gemacht haben. (Hört!) Ich stehe in der Arbeiterbewegung seit 1861. 1862 trat in Folge der allgemeinen politischen Bewegung, welche der Nationalverein hervorrief, in den Arbeiterkreisen das Bedürfniß hervor, sich mit den materiellen Verhältnissen zu beschäftigen, und es wurde dieses selbstständige Vorgehen in Leipzig angeregt, weil man glaubte, daß der Nationalverein nicht genügend für die Arbeiterinteressen wirke, insbesondere die Erwerbung der Mitgliedschaft den Arbeitern nicht genügend erleichtere. Den meisten war es unmöglich, einzutreten. Im Allgemeinen war man noch unklar über das, was man wollte; man discutirte hin und her, sprach von diesem und jenem, worüber man heute lächelnd die Achseln zuckt. Bei den Jüngern unter uns, zu denen ich mich zählte, war von socialistischen Ideen und Zielen auch nicht der geringste Begriff vorhanden.

In Leipzig bildete sich ein Comite behufs Berufung eines allgemeinen Arbeitercongresses, der die Interessen der Arbeiter berathen sollte und diesem Vorgehen schlossen sich andere Städte an. Da, im September 1862, erschien eines Sonntags in der Mitte unseres Comites ein Herr Eichler aus Berlin, der damals viel in Volksversammlungen von sich reden machte, und erklärte, daß er im Auftrage und Namen der preußischen Regierung komme, speciell des Fürsten Bismarck, und falls die Arbeiter Front gegen die Fortschrittspartei machen wollten, so offerire er materielle Unterstützung in jeder Weise, eine Besserung unserer Lage durch Staatsmittel. Damals wohlgemerkt, kannten wir Lassalle noch nicht einmal dem Namen nach; er war nicht öffentlich aufgetreten und hatte sein berühmtes Antwortschreiben noch nicht erlassen. Es wurden sogar bestimmte Summen in Aussicht gestellt, man sprach von 60—80,000 Thalern, die für Productivgenossenschaften her-

gegeben werden sollten. Wir wiesen den Herrn und seine Angebote ab; er verschwand in kurzer Zeit und wurde Berliner Polizeimann. Dann trat Lassalle auf, schlug vor, Productivgenossenschaften zu gründen u. s. w. Die Bewegung nahm eine weitere Ausdehnung, es wurde der allgemeine deutsche Arbeiterverein gegründet und von Neuem machte die Regierung die äußersten Anstrengungen, um mit Lassalle, der es nicht suchte, in Verbindung zu treten. Es wurden durch einen Prinzen des königlichen Hauses und die Gräfin Hatzfeldt die Unterhandlungen mit Lassalle angefangen. Er sollte mit dem Fürsten Bismarck zusammen kommen, Lassalle lehnte hartnäckig jeden Schritt ab, wenn er nicht zunächst selbst vom Fürsten Bismarck ausginge. Der Fürst Bismarck ließ sich herbei, durch seinen Geheimsecretär, Dr. Zitelmann, einen Brief an Lassalle zu schreiben, den er selbst contrasignirte, worin Lassalle zu Conferenzen mit dem Fürsten eingeladen wurde. In Folge dieses Umstandes haben im Winter 1863–64 nicht eine oder zwei, sondern eine ganze Reihe von Conferenzen zwischen Lassalle und dem Fürsten Bismarck stattgefunden. (Hört!)

Solche Conferenzen fanden manchmal drei bis viermal in der Woche statt. Fürst Bismarck gab die Ordre, daß wer immer an solchen Abenden käme, nicht zugelassen werden solle. So kam es, daß einmal selbst eines Abends der baierische Gesandte, der etwas Wichtiges hatte, zurückgewiesen wurde. (Heiterkeit.) Es drehte sich in diesen Unterhaltungen um zweierlei: 1) um die Octroyirung des allgemeinen Wahlrechtes und 2) um eine Gewährung von Staatsmitteln zu Productivgenossenschaften. Der Fürst Bismarck war für diesen Plan von Lassalle gewonnen; er weigerte sich aber sofort mit der Octroyirung des allgemeinen Wahlrechtes vorzugehen, ehe der schleswig-holsteinische Krieg beendet sei. In Folge dieses Vorgehens entstanden zwischen Beiden tiefe Differenzen, und es war nicht etwa der Fürst Bismarck, welcher die Unterhandlungen abbrach, sondern es war Lassalle, der nichts weiter davon wissen wollte. Es ist aber eine Thatsache, daß 1865 von Seiten des Ministers Graf Eulenburg dem Herrn v. Hoffstetten, dem damaligen Redacteur des „Socialdemokrat" mitgetheilt worden ist, daß der Fürst Bismarck bereit gewesen wäre, das bekannte Hundertmillionenproject Lassalle's für Productivgenossenschaften zu gewähren, daß aber seine übrigen Collegen den Fürsten Bismarck überstimmt hätten und daß Lassalle selbst eine derartige rasche Verwirklichung des Projects bekämpft hätte vor Einführung des allgemeinen Stimmrechts, weil er wollte, daß der Gedanke in den Massen lebendig werde und so ein wirkliches Glücken des Unternehmens verbürgt sei. Bekanntlich wurde ganz analog diesen Besprechungen 1865 eine schlesische Nebendeputation empfangen, an deren Spitze ein Arbeiter stand, der von Sr. Majestät dem Könige von Preußen wörtlich mit den Worten entlassen wurde: „es ist in vieler Beziehung viel trauriger mit der Lage der Arbeiter bestellt, als mir bis jetzt mitgetheilt worden ist, aber seien wir versichert, sobald wir mit unsern äußeren Verhältnissen Ruhe haben, dann soll die Arbeiterfrage in gesetzlicher Weise gelöst werden."

Als darauf der Arbeiter Paul aus dem Audienzzimmer kam, empfing ihn Fürst Bismarck mit den Worten: „Aber bis zum nächsten Sonntag wird es noch nicht besser" und darauf erwiderte Paul: „Selbstverständlich weiß ich, daß die Sache nicht so rasch geht." Es wurde weiter consultirt, was die Arbeiter, die von den liberalen Fabrikanten wegen ihres Schrittes bei dem Könige gemaßregelt worden waren, jetzt treiben wollten, ob es nicht möglich sei, ihnen irgendwie durch Associationen zu helfen. Paul erwiderte, daß er darüber noch nicht nachgedacht habe und auf die weitere Frage, wie viele Mittel für die Association nothwendig seien, wollte er Anfangs nicht herausrücken, meinte dann aber: 4–6000 Thaler. Darauf erklärte Fürst Bismarck wörtlich: „Das ist eine wahre Lumperei, die sollen beschafft werden und im Uebrigen könnten Sie mein Berichterstatter sein. Sie könnten in Schlesien auf Staatskosten herumreisen und über Arbeiterverhältnisse Berichte einschicken, da meine Geh. Räthe nichts davon verstehen." (Große Heiterkeit.) Die Productivgenossenschaft ist dann auch gegründet worden; ich will darauf nicht näher eingehen und nur constatiren, daß, wenn sie zu Grunde ging, hieran nicht die Arbeiter Schuld waren, sondern der überwachende Landrath, der nach eigener Versicherung Pauls das schlechteste Rohmaterial kaufte und dabei die theuersten Preise für die Waaren ansetzte, so daß mehrere Minister diese schlechte Schundwaare zu den theuersten Preisen nehmen mußten. Die Sachen gingen dann immer weiter. Als Lassalle im Duell gefallen war, sind die Unterhandlungen und Beeinflussungen nicht abgebrochen worden. Lassalle war selbstverständlich weit entfernt, sich als Werkzeug mißbrauchen zu lassen und sich zu Regierungszwecken hinzugeben; nein, er hat fest darauf bestanden, daß er als gleichberechtigt anerkannt und seine Bedingungen in erster Reihe acceptirt würden. Nach Lassalle war Dr. Dammer kurze Zeit Vicepräsident und als er zurücktrat, wurde unser Genosse Fritzsche Präsident des allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins und — ein Beweis, wie weit die Dinge gediehen waren — Dammer forderte Fritzsche auf, er solle bei allen Versammlungen im Königreiche Sachsen neben den socialistischen Forderungen auch ganz speciell die Forderung aufstellen lassen, daß Deutschland unter preußischer Spitze geeinigt werde und hat er, Fritzsche, über alle diese Versammlungen an den Fürsten Bismarck berichtet. (Hört! hört! links.)

Falls in anderen Blättern derartige Berichte erschienen, so solle er diese Berichte blau anstreichen und Fürst Bismarck persönlich unter Kreuzband zusenden. Sie sehen also, wie man hier in directester Weise die Socialdemokratie hat benützen wollen, die Kleinstaaten allmälig in der ja glücklich, wenn auch in anderer Form gelungenen Weise unter die preußische Spitze zu bringen. Wir, die wir damals entschieden feindlich jenen Bestrebungen entgegentraten, sind später durch den Leipziger Hochverrathsproceß für unsere Bemühungen belohnt worden! Als dann Herr von Schweitzer die Leitung in die Hand bekam, ging sein ganzes Bestreben dahin, genau in derselben Richtung weiter zu arbeiten. Im Jahre 1866 ist Schweitzer trotz seiner Verhaftung auf Urlaub entlassen worden und hat agitatorische Reisen gemacht für die damals von Seiten der nationalliberalen Partei ausgegebene Parole „durch Einheit zur Freiheit." Diese Thätigkeit ist bei Berathung der Gewerbeordnung fortgesetzt, in welcher Anträge zu Tage gefördert wurden, die ganz unzweifelhaft zwischen der damaligen Vertrauensperson des Fürsten Bismarck, Geh. Rath Wagener und Schweitzer verabredet waren. (Hört! links) 1869 sind ganz ähnliche Agitationen ins Werk gesetzt worden, und als damals Herr von Schweitzer wegen eines Preßvergehens eine kurze Haft in Rummelsburg abbüßen mußte, beauftragte er das Vereinsmitglied Tölcke mit seiner Vertretung und das Charakteristische ist, er führte Herrn Tölcke auf das Präsidium der Berliner Polizei, stellte ihn als seinen Stellvertreter mehreren Polizeihauptleuten vor, die übrigens alle Herrn von Schweitzer sehr freundlich grüßten und wies ihn endlich an, daß er außerdem gerade, wie er selbst, jederzeit freien Zutritt zu dem preußischen Minister des Innern, dem Grafen zu Eulenburg, habe. (Hört! links)

So gingen die Dinge bis 1871; da sind endlich den Arbeitern im Vereine die Augen aufgegangen; sie erkannten das frevelhafte Spiel Schweitzers, der seine Anhänger mit eminentem Geschick zu täuschen verstand. Nun wurde er abgesetzt und von diesem Augenblicke an wurde allerdings die Politik der preußischen Regierung gegenüber der Socialdemokratie eine andere, daß man aber fortgesetzt dennoch in dieser Richtung thätig war, beweist, glaube ich, die Conferenz mit Oesterreich, die Sendung Wageners und Rudolf Meyers nach Eisenach 1875, und endlich sind erst in den letzten Wochen wenn auch nicht von Regierungsseite, so doch von einer Seite, welche ziemlich nahe mit der Regierung in Fühlung steht, der Berliner Socialdemokratie Offerten gemacht worden, ungefähr dahin gehend, daß, wenn wir bei der Reichstagswahl unsere Candidaten im zweiten Bezirke zurückzögen und einen Schutzzöllner aufstellen ließen, den bekannten Herrn Glagau, umgekehrt die Herren bereit wären, alle unsere Forderungen in Bezug auf das Arbeiterschutzgesetz, den Normalarbeitstag, die Verkürzung der Arbeitszeit, Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit u. s. w. gutzuheißen und zu unterstützen. (Hört! links.) Man glaubt also, trotz der Agitationen und Anschuldigungen die 500,000 Stimmen der Socialdemokratie gut gebrauchen zu können und ist jederzeit bereit, mit uns zu liebäugeln. Redner erwähnt dann noch, daß 1865 Karl Marx in London von dem Geheimrath Lothar Bucher aufgefordert sei, und zwar mit Wissen der Regierung des Fürsten Bismarck, Artikel für den preußischen „Staats-Anzeiger" über Waarenbörse und Waarenmarkt zu schreiben, und geht dann zur kritischen Würdigung des vorliegenden Gesetzentwurfs über, wobei wir ihm nur unter Verzicht auf stenographische Worttreue in seinem Gedankengange folgen. Er hebt hervor, daß die Vorlage einen ganz gewaltigen Angriff auf das Privateigenthum in der unmotivirtesten Weise unternimmt und der Socialdemokratie für künftige Fälle ein sehr bedenkliches Präcedenz schafft.

Ferner mache das Gesetz jede wissenschaftliche Untersuchung unmöglich. Wenn schon Mitglieder des Reichstags, wie Graf Bethusy und Dr. Wehrenpfennig die progressive Einkommensteuer und den Normalarbeitstag socialistisch meinten, also Einrichtungen, die in andern Ländern, wie der Schweiz und Nordamerika, längst durchgeführt sind, was solle man denn von der Einsicht der Polizeibeamten erwarten? Sollten auf Grund dieses Gesetzes die seit 15 Jahren im Buchhandel erschienenen Werke Lassalle's oder Schriften ähnlicher Tendenz verboten werden? Naturgemäß ja! Sollen die Bücher Thünens, Rodbertus, Albert Lange noch ferner geduldet werden oder die Werke Schäffle's und Adolf Wagner's, die zum Theil rein socialistischer Natur seien? Herr Wagner sei beispielsweise ganz und gar für Gemeineigenthum an Grund und Boden, eben so der nationalliberale Banquier Samter in Königsberg. Würden ihre eigenen Broschüren und Blätter verboten, so würde die Socialdemokratie die Massen mit der gleichartigen Literatur des Auslandes zu speisen verstehen; sie würden tausendfach Mittel und Wege finden, damit in die Volksmassen einzudringen und sich einen ungeheuren Lehrkreis zu schaffen, an den sie jetzt gar nicht einmal denken könnten. Die Parteiorganisation ließe sich nicht anders zerstören, als indem man die Werkstätten und Fabriken, die Eisenbahnen und die Posten zerstörte. Am wenigsten jetzt, wo sie ihre persönlichen Beziehungen außerordentlich ausgedehnt habe, wo sie an jedem Orte in dem entferntesten Winkel Deutschlands Hunderte von Parteigenossen zähle, auf welche sie sich verlassen könne, wo sie Genossen besitze im Kreise, von denen die Polizei auch nicht die leiseste Ahnung habe, und wenn sie sich verzehnfachte, niemals etwas entdecken werde. Man könne vielleicht fragen, weshalb denn die Socialdemokratie nicht für ein Gesetz stimme, das ihr so große Vortheile verspreche? Ja, sähe sie nur auf ihren Nutzen, so würde sie es thun müssen, aber da sie nur nach den Geboten des Rechtes handle, so müsse sie sich widersetzen.

Aehnlich wie die ersten Christen, werde man die Anhänger der Partei zum äußersten Fanatismus und zu einer fast religiösen Schwärmerei treiben. Wie aber stehe es mit der rechtlichen Seite des Gesetzes? Man scheine keine Ahnung davon zu haben, wie tief man in das bürgerliche Erwerbsleben schneiden wolle. In Deutschland existirten 16 Genossenschaftsbuchdruckereien, außerdem ein Privatunternehmen, die ausschließlich mit Verbreitung der Parteiliteratur sich beschäftigten. Daneben beständen noch Privatdruckereien in Dresden, Mannheim, Pforzheim, die der Partei ganz fernstehenden Leuten gehörten, aber socialistische Organe druckten. Der jährliche Umsatz jener genossenschaftlichen Buchdruckereien betrage über 800,000 Mk., die mit einem Schlage der deutschen Industrie genommen würden, von denen Hunderte und aber Hunderte von Existenzen abhingen. In diesen Druckereien seien weit über 300 Leute als Setzer, Drucker &c. beschäftigt. Dazu kommen einige 40 Redacteure, außerdem eine noch weit größere Anzahl von Colporteuren. Ein großer Theil aller dieser Leute sei verheirathet, sie aber würden durch das Gesetz mit einem Schlage brodlos. Ferner seien bei diesen Genossenschaften über 2500 Leute, Arbeiter, Kleinbürger &c., als Mitglieder thätig, deren Ersparnisse auf Grund des Genossenschaftsgesetzes dort angelegt seien und durch die Schließung der Genossenschaften ganz oder theilweise verloren gehen würden, da ja ein großer Theil des Eigenthums, wie Broschüren, Bücher, Zeitungen der Confiscation verfiele. Möglicherweise müßten sie noch mit ihrem Privatvermögen gemäß der Solidarhaft eintreten und würden bettelarm werden. Ferner sollen die Genossenschaftskassen getroffen werden: auch hier scheine man keine Ahnung davon zu haben, um was es sich handle. Es existirten gegenwärtig 26 größere Gewerksvereinigungen in Deutschland, welche ohne weiteres als socialistisch würden angesehen werden mit circa 50,000 Mitgliedern an 1600 Orten. Die jährliche Einnahme dieser Gesellschaften belaufe sich auf 400,000 und ihre jährliche Ausgabe auf 321,000 Mk. Von den Ueberschüssen würden Invaliden- und Krankenkassen dotirt. Beispielsweise habe die Gewerkschaft der Goldarbeiter eine Invalidenkasse im Betrage von 180,000 Mk. So griffe man tief und unhaltbar in die mannigfachen Beziehungen des bürgerlichen Lebens ein, um eine Partei zu unterdrücken, welche nicht den gewaltsamen Umsturz, sondern die höchsten und idealsten Ziele verfolge, ja unter den heutigen Verhältnissen allein noch hohe und ideale Ziele verfolge. Ein Mann der Wissenschaft nach dem andern müsse sich zum socialdemokratischen Programm bekennen, Vertreter der Nationalökonomie, der Naturwissenschaften, kurz aller Gebiete des wirthschaftlichen Lebens. Herr Häckel leugne zwar den Zusammenhang des Darwinismus mit der Socialdemokratie, aber dieser Zusammenhang bestehe naturnothwendig und Herr Häckel habe nur keine Ahnung davon. Redner schließt mit der Aufforderung an das Haus, den Gesetzentwurf dem Papierkorbe zu überweisen.

Bundesbevollmächtigter Graf zu Eulenburg: Der Vorredner hat in zwei Beziehungen Auskunft von mir verlangt: einmal in Betreff des Verhörs des Dr. Nobiling, dann in Bezug auf gewisse Beziehungen, welche zwischen der preußischen Regierung und der Socialdemokratie stattgehabt haben. In erster Beziehung habe ich zu erklären, daß über die Möglichkeit und Zulässigkeit der Veröffentlichung der Verhandlungen des gegen Nobiling eingeleiteten Prozesses die preußische Justizbehörde zu bestimmen haben würde, wenn die Vorlegung der Acten verlangt würde. So lange kann ich nur sagen, daß in der That eine Vernehmung des Nobiling stattgefunden und daß er in derselben ausgesagt hat, daß er an socialdemokratischen Versammlungen theilgenommen und an den dort vorgetragenen Lehren Gefallen gefunden hat. Mehr ist mir darüber nicht bekannt. Wenn daraus gefolgert wird, daß ein Zusammenhang zwischen den beiden ruchlosen Thaten und der Socialdemokratie bestehe, so muß ich darauf hinweisen, daß ich bereits im Mai gesagt habe, die Behauptung gehe nicht dahin, daß diese Thaten direct von der Socialdemokratie angestiftet seien. Ich bin nicht in der Lage, diese Behauptung jetzt aufzustellen oder überhaupt in dieser Richtung etwas Neues beizubringen. Die Behauptung aber geht dahin, daß die Lehren der Socialdemokratie und die Art und Weise ihrer leidenschaftlichen Agitation wohl geeignet seien, in verwilderten Gemüthern dergleichen traurige Früchte zur Zeitigung zu bringen, wie wir sie zu unserem Bedauern gesehen haben. Und bei dieser Behauptung glaube ich, in Uebereinstimmung mit der gesammten deutschen Presse, mit alleiniger Ausnahme der socialdemokratischen, noch heute festhalten zu müssen. (Sehr richtig!) So wenig erwünscht es mir ist, so bin ich doch genöthigt, einigen Behauptungen gegenüber daran zu erinnern, welche Stellung denn die socialdemokratische Presse diesen Ereignissen gegenüber eingenommen hat. Es wird immer vorangestellt, daß die Socialdemokratie den Mord in jeder Gestalt verabscheue. Was geschieht gleichzeitig? Es wird zunächst in den socialdemokratischen Organen der Nachweis zu führen gesucht, daß die Attentate bestellte Arbeit gewesen seien.

Als man damit nicht fortkommen kann, besonders nachdem auswärtige socialdemokratische Organe erklärten, daß eine derartige Annahme nicht zulässig sei, ging man dazu über, die Unzurechnungsfähigkeit der Verbrecher nachzuweisen, sie als Idioten darzustellen, wie sie zu allen Zeiten vorkommen, für die man Niemand weiter verantwortlich machen könne. Die Untersuchung hat nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür gegeben, daß die beiden Verbrecher irgendwie nicht im Stande gewesen wären, die Folgen und die Bedeutung ihrer Thaten zu überlegen. Im Gegentheil, Alles, was sich feststellen ließ, ist, daß sie mit einer überlegten und bis zum letzten Augenblick abgefeimten Prämeditirung gehandelt haben, wie sie selten vorkommt. Demnächst ist man hierbei nicht stehen geblieben, sondern in vielen Organen der Socialdemokratie dazu übergegangen, diese Thaten zu entschuldigen, die Leute zu exculpiren. Man hat nicht sie, sondern die Gesellschaft verantwortlich gemacht. Sie werden sich an den bekannten Artikel des Leipziger „Vorwärts" erinnern, welcher schloß: „Nicht Sie gehören auf die Anklagebank, sondern die Gesellschaft, welche diese wahnwitzigen und nichtsnutzigen Zustände hervorgerufen hat." Parallel damit gingen Aeußerungen, welche den frevelhaften Thaten, die in Rußland gegen hochgestellte Beamte versucht sind, Anerkennung zollten, und sich äußerten: „Nun, was blieb jenen denn anders übrig?" Endlich hat die Socialdemokratie im Auslande ausdrücklich und mit directen Worten ihre Sympathie mit diesen Thaten ausgesprochen. Der Congreß der jurassischen Föderation, der im Juli in Freiburg getagt hat, hat ausdrücklich gesagt: „Die Acte Hödels und Nobilings wären revolutionäre Acte, die ihre volle Sympathie hätten." (Hört! Hört!) In einem in Genf erscheinenden Blatte sagt eine Correspondenz aus Florenz: „Die Commune ist der Stern, welcher am Firmament des italienischen Proletariats leuchtet; und wenn der geeignete Moment käme, werden auch wir unseren Hödel und Nobiling haben."

Nun ist mir bekannt, daß nicht alle ausländischen socialistischen und socialdemokratischen Bewegungen einer Richtung angehören, daß die Richtung Marx von der der Anarchisten verschieden ist; aber es ist nicht zu leugnen, daß diese Bewegungen untereinander im Zusammenhang stehen. Es ist eine Erfahrung bei solchen Bewegungen, daß nach dem Gesetz der Schwere die extremen Elemente allmälig die Oberhand gewinnen und daß die gemäßigten sich ihnen gegenüber nicht halten können. Ich glaube also mit vollem Rechte sagen zu können, daß die Lehren der Socialdemokratie dafür verantwortlich sind, daß so Trauriges geschehen ist. (Sehr wahr.) Wenn Sie die Ziele der Socialdemokratie in's Auge fassen, ist nicht die friedliche Entwickelung das Ziel, sondern die friedliche Entwickelung ist nur eine Etappe zu den letzten, endlichen Zielen, die auf keinem andern Wege als auf dem Wege der Gewalt erreicht werden können. (Beifall.) Für Sie, die die Programme der Socialdemokratie näher kennen, brauche ich nicht Schritt für Schritt den Beweis zu führen, der hundertmal geführt worden ist. Herr Marx sagt selbst: „Unsere Ziele können nur erreicht werden durch gewaltsamen Umsturz der bestehenden Verhältnisse" und in einer andern Stelle: „Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht; sie ist selbst eine ökonomische Potenz." Der Vorredner selbst sagt in seiner Schrift „Unsere Ziele": „Der Verlauf dieser Entwickelung hängt von der Intensität ab, mit der die betheiligten Kreise die Bewegung auffassen; er hängt von dem Widerstand ab, den die Bewegung findet. Das Eine ist sicher: je heftiger der Widerstand, um so gewaltiger die Herbeiführung des neuen Zustandes. Mit Sprengen von Rosenwasser wird die Frage nicht gelöst."

Das sind Beweise genug, mit welcher Gesinnung die Ziele ins Werk gesetzt werden sollen, Beweise, daß der Staat bei Zeiten diejenigen Mittel anwenden muß, welche den Staat und die Gesellschaft gegen die verderbliche Wirkung solcher Agitation schützen können. Wenn nun im Tone des Vorwurfes gesagt worden ist, daß die Regierung in früherer Zeit sich bemüht habe, mit den Führern der Socialdemokratie Fühlung zu gewinnen, so bin ich, weil ich es in der That nicht weiß, nicht im Stande, über die einzelnen behaupteten Thatsachen Auskunft zu geben. Aber das kann ich sagen, es ist doch sehr Unrecht, darin einen Vorwurf zu finden. Wenn eine Bewegung von den Dimensionen beginnt, wie die Arbeiterbewegung, so ist es für die Regierung nicht nur wünschenswerth, sondern nothwendig, sich nicht blos von Hörensagen und aus Schriften Kenntniß der Ziele derselben zu verschaffen, sondern womöglich von den Führern selbst (Beifall rechts, Heiterkeit), um eine so mächtige Bewegung in den ruhigen Strom gesetzlicher Entwickelung zu führen. Das ist keine Pflichtverletzung, sondern Pflichterfüllung. (Sehr wahr.) Wenn sich ergiebt, daß dieser Versuch vergeblich war, so liegt es in der Natur der Sache, daß man Herr der Bewegung zu werden sucht. Als damals die Annäherung stattfand, hatte die Bewegung andere Bahnen als heute. Damals stand Herr Lassalle an der Spitze, während jetzt bekanntlich diese Richtung unterdrückt ist von der weiter gehenden internationalen Richtung. Es bleibt mir nur noch übrig, der Behauptung, daß in neuester Zeit von Seiten der „Provinzial-Correspondenz" oder sonst wie Versuche der Vereinbarung mit den socialdemokratischen Führern gemacht seien, ein bestimmtes „Nein" entgegenzusetzen. Mir ist davon nichts bekannt; ich kann Ihnen mit der größten Bestimmtheit sagen, daß ich nicht allein nichts davon weiß, sondern mir auch gar keine Vorstellung davon machen kann, von welcher Stelle aus oder wie ein derartiger Schritt gemacht werden konnte. Ich muß also dieses Vorkommniß, bis nicht bestimmte Thatsachen angeführt werden, entschieden in Abrede stellen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Bamberger: Meine Herren! Ich beantrage die Ueberweisung der Vorlage an eine Commission von 21 Mitgliedern und wenn ich noch daran hätte zweifeln können, daß sie einer aufmerksamen und ernsten Prüfung bedarf, so hätte mich die Rede des Abg. Bebel davon überzeugt, daß kein Versuch unterlassen werden darf, uns von den Gefahren zu befreien, die er uns vorgeführt hat. Ist die Socialdemokratie wirklich so mächtig geworden, wie er es mit seinem großen Talent und seiner umfassenden Sachkenntniß geschildert hat, und hält andererseits die große Mehrheit dieses Hauses die Ziele dieser Socialdemokratie für unverträglich mit dem Fortbestehen einer Gesellschaft und eines Staates, wie wir sie uns denken, so ist ihr Untergang gewiß und es kann sich nur darum handeln, ob wir vorher den Versuch machen wollen, uns der Socialdemokratie zu erwehren oder nicht. M. H.! Es ist für das junge Deutsche Reich eine schmerzliche und große Prüfung, daß es gerade dazu ausersehen ist, zunächst in seinem Gebiete auf dem gesetzgeberischen Wege einen Kampf anzufangen, der, wie wir ja zugeben müssen, nicht gerade Deutschland eigenthümlich, sondern jetzt über die ganze moderne Welt verbreitet ist. Denn wollten wir heute ein Land rühmen, daß es von diesen Gefahren verschont geblieben sei, so werden wir plötzlich eines Tages die Nachricht erhalten, auch dort habe die Eruption sich angekündigt. Kein Land kann sagen, daß es frei von dieser Krankheit sei. Aber es ist wahr und es ist in kurzer Zeit Gemeinplatz geworden, was ich schon vor sechs Jahren sagte, daß Deutschland der vorzugsweise von der Socialdemokratie prädestinirte und ausgesuchteste Kampfplatz sei. Der Gedanke des Abg. v. Helldorff über die Ursachen dieser Thatsache entfernt sich nicht weit von dem meinigen, wenn ich sage, daß die große Lust zu abstracten Gestaltungen rücksichtslos auf die praktische Welt ein Charakterzeichen des deutschen Denkens und mit eine der Hauptquellen des schnellen Anwachsens dieser Gefahr für uns geworden ist. Aber es kommen noch andere Gründe hinzu.

Die ganze Entwickelung und rasche Machtentfaltung des größten deutschen Staates bei inneren großen Schwierigkeiten seiner Boden- und Wirthschaftsverhältnisse ist allerdings historisch dadurch geworden, daß mehr als in allen anderen Ländern der Welt der Staat an das Individuum die Ansprüche erhob, sich mit Selbstverleugnung dem Staate zu opfern. Dadurch ist Deutschland groß geworden, dadurch ist aber auch dem Gedankengang in die Nation ein leichterer Eingang verschafft worden, daß überhaupt durch den Staat das ganze Loos der Menschheit bestimmt und zu seinem höchsten Ziele geführt werden kann. Wenn wirklich Deutschland prädestinirt sein kann, diesen Kämpfen als Blachfeld zu dienen, so müssen wir auf der andern Seite uns auch sagen, daß kein Land weniger dazu geartet ist, diesen Kampf ohne die größten Gefahren zu bestehen, wenn er wirklich jetzt zum verhängnißvollen Ausbruch kommen sollte. Die Zersplitterung der Parteien, die Schwäche des Nationalgefühls in ganzen Schichten der Nation, die kaum fertige Gestaltung unseres Gesammtstaates bringen für uns durch diese Convulsionen ganz andere Gefahren als für andere bereits national gestaltete Länder und ich behaupte, der wüthigste französische oder italienische Communist ist noch ein Patriot zu unseren deutschen Exemplaren, wenn es sich darum handelt, um eines Parteikampfes willen die ganze Existenz der Nation in Frage zu stellen. (Sehr richtig!) Wir sind außerdem in der sehr schwierigen Lage, daß wir bei unserer kummer- und sorgenvollen Aufgabe, der wir uns jetzt hingeben müssen, eigentlich ohne Vorbild arbeiten müssen; denn Alles, was in anderen Ländern auf diesem Gebiete geschehen ist, kann doch nicht als Anhaltspunkt dienen. Ueberall, wo die Regierung oder Gesetzgebung, sei es in England oder in Frankreich, sich gezwungen gesehen haben zu außergewöhnlichen Mitteln, um einem Versuch des Durchbruchs der anarchischen Massen entgegenzutreten, war vorher eine Eruption vorausgegangen, eine massenhafte Umsturz-Bewegung, deren Repression schon an und für sich einen Theil der Heilung bot, um die es sich handelte.

Bei uns ist nichts derartiges vorgekommen. Ich weiß, daß man mit solchen Eruptionen die beiden Schandthaten vergleichen will, die zunächst den Anlaß zu diesem Gesetz gegeben haben; aber auch von Seiten der Regierung hat man dem nicht widersprochen, daß ein directer Zusammenhang etwa wie bei der Bekämpfung der Commune oder des 18. Juni in Paris oder der Fenierbewegung in England nicht vorhanden war. Die drei Redner, die heute sprachen, haben in diesem Punkte mit Anschauungen sich begegnet, die auch die meinigen sind. Der Abg. Reichensperger hat darauf hingewiesen, daß wir eigentlich schon gebunden seien als Majorität des Hauses zur Verwerfung des gegenwärtigen Gesetzes, weil etwas neues seitdem nicht in die Welt getreten sei und wir präjudicirt hätten, ein Gesetz wie das damalige, dem auch das heutige gänzlich nahe steht, dürfe nicht angenommen werden. Herr v. Helldorff hat gesagt, daß er durch das zweite Attentat nicht im Geringsten in seiner Auffassung über die Dinge bestimmt worden sei. Auch das ist bei mir der Fall. Ich habe damals die Vorlage nicht abgelehnt, weil ich etwa glaubte, es sei keine Gefahr vorhanden; ich brauchte weder die Erfahrung des ersten noch des zweiten Attentats, um mich von der Gefahr und der Pflicht eines Abhilfeversuches zu überzeugen und ich gebe zu, daß der Beweis eines directen Zusammenhanges zwischen der Socialdemokratie und den Urhebern der beiden Verbrechen nicht geliefert worden ist. Allein das ändert an der Sache leider gar nichts. Wir sind durch die Kenntniß unserer Verhältnisse vollständig unterrichtet von der Gefahr, die wir laufen, und der Unterschied zwischen uns und anderen Ländern, die eine ähnliche Gesetzgebung machen mußten, ist nur der: wir wollen vor der Katastrophe thun, was die andern nach der Katastrophe gethan haben (Sehr richtig) und wir glauben, gerade dadurch uns um das Land und die Welt verdient zu machen.

Der Abg. Bebel hat gesagt, daß diejenigen, welche sich mit der Socialdemokratie beschäftigen, deren Ziele verkennen, daß die Beweise nicht geliefert werden können, daß die Socialdemokratie auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Dinge hinausgehe. Ich will darüber mit ihm nicht streiten, glaube aber, der Graf von Moltke hat in seiner Rede bei der ersten Lesung des vorigen Gesetzes die Dinge so correct geschildert, daß eine andere Version gar nicht gegeben werden kann. Es ist ganz unabhängig davon, welche Definition Bebel oder Liebknecht, Lassalle oder Marx von der Art von Eigenthumsmodification oder Abschaffung der capitalistischen Wirthschaft geben — in dem Augenblick, dem vorzubeugen unsere Gesetzgebung bezwecken soll, werden ihre Schriften, und seien es die schönsten und beredtesten, längst vergessen sein, und die Sache wird sich in dem Strom hinwälzen, in dem sie sich in allen Fällen hingewälzt hat und der Abg. von Moltke hat mit Recht bemerkt, daß Bebel, wenn er an seinem Programm festhalten wollte, dann von seinen bisherigen Anhängern gestürzt werden würde. Unter diesen Umständen müssen wir uns klar machen, was wir dann thun müssen. Die Regierung räumt selbst ein, daß hier gegen eine geistige Bewegung zu kämpfen und daß es unadäquate Waffen sind, wenn wir ihr nur die Waffen der Polizei und des Gesetzes entgegenhalten können. Wenn wir diesen mechanischen Mitteln zu viel trauen, dann werden wir allerdings uns schwach und ohnmächtig erweisen, und wenn wir das Beginnen zu hoch aufspannen, dann wird es allerdings eintreten, daß ein vergeblicher Versuch, die Gefahr, der wir uns erwehren wollen, nur um so mehr vergrößert. Welches sind die Mittel der Propaganda, die wir zu bekämpfen haben? Die Vorlage nennt sie: es ist die Versammlung, der Verein und das gedruckte Wort. Ständen wir nur vor der Aufgabe, das Versammlungs- und Vereinswesen in seinen Ausschreitungen und Gefahren zu bekämpfen, so wäre der größte Theil der uns hier entgegentretenden Schwierigkeiten von vornherein beseitigt, nicht als wäre dieses Recht ein

werthvolles für die freie Bewegung und die politische Erziehung der ... allein, es steht gleichsam auf der Zwischenstation zwischen der rein ...nischen Handlung und der rein geistigen Bewegung, wie sie in der ... repräsentirt wird.

Das Versammlungs- und Vereinswesen hat auf der anderen Seite gerade ...e feste Gestalt um sich, weil es noch mit körperlichen Mitteln operirt. ...n Verein zu beseitigen, eine Versammlung aufzulösen, läßt sich viel ...ter erreichen und ist viel eher begründet, weil bei der Versammlung ... dem Verein der Uebergang vom Reden zum Handeln viel näher liegt ... die Verführung viel größer ist. Allein es ist dies, wenn auch ein ...entlicher, doch der geringere Hebel, der angesetzt wird, um die gefähr- ...re Meinung im Volke zu verbreiten. Weit schwieriger steht das Ding ... der Presse. Der Abg. Bebel hat es anschaulich geschildert, wie schwierig ... sein wird, diesen Proteus, der in tausend Gestalten sich jeder Nachstellung ...ieht, beizukommen und wie gefährlich es sein wird, hier eine Grenze ...en zu wollen zwischen dem Erlaubten und dem Verbotenen. Hier ...men wir zu der Frage, so unangenehm es ist, sich mit Definitionen auf- ...lten zu müssen, eine Grenze zu ziehen, wo dem gedruckten Wort der ...rakter einer den Staat bedrohenden Handlung beizulegen ist. Die ...ge Charakteristik dessen, was wir als eine neue Art des Vergehens in's ...en rufen, besteht nämlich eben darin, daß es gewisse Aeußerungen giebt, ... schon an und für sich den Thatbestand einer Handlung involviren. Wer ... B. leugnet, daß die Grundlagen des Gesetzes, der Verfassung, von Treu ...d Glauben, der Ehrlichkeit im Verkehr bindend sind, und das als Thesis ...r versammeltem Volk aufstellt, der spricht nicht nur etwas aus, sondern ...r begeht eine Handlung, welche auf das Directeste den Grundgesetzen des ...taates entgegenläuft, und wir müssen deshalb hierfür ein Criterium ...chen.

Nun ist selbst unter denen, welche ehrlich gewillt sind, mit der Staats- regierung zu versuchen, eine gesetzliche Definition zu construiren, eine große Meinungsverschiedenheit darüber, in wieweit es möglich und richtig sei, der Staatsregierung die Definition selbst anzugeben. Das Gesetz wird uns charakterisirt als eines, das nicht gegen staatsumwälzende Bewegungen im Ganzen gegeben werden soll, sondern gegen eine specifische, nicht erst in neuer Zeit bemerkbar gewordene Strömung socialdemokratischer oder socialistischer und communistischer Art. Andere Gesinnungsgenossen haben geglaubt, an dieser Definition Anstoß zu nehmen, weil sie den Charakter einer Ausnahmegesetzgebung constituire. Auch auf das Gesetz, wie es in dem ...igen Regierungsentwurf gestaltet ist, wäre es falsch die Definition eines Ausnahmegesetzes auf dasselbe anzuwenden, welche mehrfach dahin erläutert worden ist, daß nur eine besondere Kategorie von Personen durch dasselbe getroffen werde. Die Regierung hat diesen Irrthum gewissermaßen gefördert dadurch, daß sie in den Motiven zur Auflösung des Reichstages gewissermaßen einen Appell an den Egoismus der bürgerlichen Klassen gemacht hat, indem sie ihnen zurief: Eure Freiheit soll nicht beschränkt werden, ... die gewisser Leute. Und bei der im Allgemeinen der Zersetzung zu- ...lichen Stimmung im deutschen Reiche hat ein solcher Appell an den ... immer seine Gefahr. Aber so schwach unser Staatsgefühl auch ... war, diese Version hat nach meinen Beobachtungen im deutschen ... wenig Anklang gefunden; wäre das wohl der Fall gewesen, so wäre ... von allen Uebeln das schlimmste. Es handelt sich aber nicht um ein ... Ausnahmegesetz, der Irrthum liegt darin, daß die Regierung in den ...maligen Motiven das Wort „Socialdemokratie" persönlich gebraucht, als ... eine bestimmt abgegrenzte Gruppe von Menschen, gegen die das ... gemacht wird.

Wenn eine bisher nicht verbotene Handlung unter Strafe gestellt wird, kommt man leicht zu der irrigen Meinung, daß nur die von der Strafe getroffen werden, welche bisher diese Handlung verübt haben und so glaubt man, daß es sich hier um Ausnahmegesetze gegen Personen handele, während es wirklich nur ein sachliches Ausnahmegesetz ist. Der Ausdruck Ausnahmegesetz ist allerdings in der Weise berechtigt, daß wir von bestimmten Grundzügen unserer Verfassung und Gesetzgebung bei diesem Gesetz abweichen, daß die Freizügigkeit, die Preßfreiheit, das Versammlungsrecht durch das Gesetz geändert werden. Eine große Aenderung wird auch dadurch hervorgerufen, daß in Zukunft nicht mehr durch den Richter, sondern durch die Polizei die Frage der Strafbarkeit einer Handlung entschieden wird. In der Oeconomie dieses Gesetzes hat der Richter nur zu untersuchen: liegt ein polizeiliches Verbot vor. Damit dieser Schnitt in die Gesetzgebung nicht tiefer gehe als beabsichtigt wird, müssen hier sorgsam Kautelen gegeben werden. Handelte es sich nur um Socialdemokratie und communistische Verbindungen, so würde es gewiß nicht nöthig sein, weitere Definitionen zu geben. Wir haben überhaupt in unsere deutschen Gesetzbücher nach Weisung der Universitätsgelehrten compendienartige Definitionen ... praktische Bezeichnungen aufgenommen. Allein die Regierung hat auch „socialistisch" in den Entwurf aufgenommen und darin stimme ich ihr bei. Wir können unmöglich, wenn es sich darum handelt, einer geistigen Bewegung entgegenzutreten, die nicht sowohl in ihren jetzt unmittelbar wahrnehmbaren Folgen als in dem, was vielleicht erst in Jahren daraus erfolgen könne, bedenklich ist, einen Schnitt machen zwischen Socialdemokratie und Socialismus. Die Regierung will allerdings in dem Worte „socialistisch" nur die Socialdemokratie treffen, welche sich häufig diese Bezeichnung zulege, um unangefochten zu bleiben. Mein Grund für die Aufnahme dieses Wortes in das Gesetz ist ein anderes.

Nicht das socialdemokratische, sondern das socialistische Programm ist die eigentliche Quelle der über uns schwebenden Gefahr. Ich stehe hierin nicht auf dem Standpunkte mit vielen meiner näheren Freunde, — ich meine den Abg. Lasker, sondern Leute, die mehr auf der anderen Seite unserer Gesinnungsgenossenschaft stehen, — und über diese große Scheidungslinie sollten sich namentlich die Gebildeten der Nation klar werden, wenn sie mit Erfolg das socialistische Gift ausscheiden wollen. Ich glaube nämlich nicht an die Zukunft der socialistischen Bewegung in dem Sinne, daß es ihr gelingen könne, wirklich eine Umgestaltung der gesellschaftlichen und ... Verhältnisse herbeizuführen. Wer das glaubt, für den ist es viel ... sich der ganzen Strömung entgegenzusetzen, er ist vielmehr gezwungen zu pactiren, und hier kommt er sofort in Widerspruch mit sich. Die Frage ist die: Ist es denkbar, daß nicht durch Umwandlung der gesellschaftlichen Thätigkeit, der Productionsmittel, kurz nicht durch die ganzen organischen empirischen Vorgänge im Leben der Völker die Institutionen, unter denen sie leben, abgeändert werden, sondern durch eine im Voraus durch den Gesetzgeber erdachte Organisation, in welche er die bestehenden Verhältnisse und das ganze gesellschaftliche Leben hineinzwängen kann. Das ist das große Problem der Zukunft. Wer hier glaubt, daß es möglich sei, durch abstracte, vorgefaßte, noch so sinnreiche, ingeniöse Pläne etwas wie ... das anders gestaltet wäre für die Production, Distribution und Consumtion der Güter, herbeizuführen, nur durch Gesetzgebung, nicht durch die ...ne Thätigkeit der Welt, der ist nach meiner Ansicht gerade auf der schiefen Ebene, die vom Socialismus zur Socialdemokratie führen muß. In dieser Sache, in der gegen den gemeinsamen Gegner etwas Gesetzgeberisches zu Stande gebracht werden soll, können wir uns nicht verheimlichen, daß das Uebel seine Wurzel hat auch in Denkweisen, die von den Verwaltungen gefördert sind.

Wir hören von allen Seiten, daß an den ökonomischen Uebeln, an denen die Menschheit gelitten hat und immer leiden wird, wesentlich die Gesetzgebung Schuld sei. Diejenigen, welche meinen, daß es hauptsächlich auf die eigene Thätigkeit der Menschen ankomme, hat man weder mit Vorwürfen noch mit Spitznamen verschont. So lange man diese Grundanschauung, daß gesetzliche Bestimmungen die Lebensbedingungen ändern können, die Hypothese der Socialdemokratie, von einflußreichen Stellungen aus fördert, wird man vergeblich gegen die socialistischen Strömungen kämpfen. Darum muß das „Socialistische" in die Definition aufgenommen werden, wenn man die Verbreitung des gefährlichen Stoffes hemmen will. Aber alle Definitionen, welche sie geben können zum Schutz einzelner Institutionen der Gesellschaft, sind in der Praxis werthlos. Man will das Eigenthum schützen; der Abg. Bebel hat aber darauf aufmerksam gemacht, daß die Abschaffung des Eigenthums als solches seinem Programm nicht ganz entspricht. In der letzten Zeit ist es Mode geworden, — wir sind ja sehr reich an solchen ...blemen — nicht gegen das Eigenthum im Allgemeinen zu plaidiren, sondern gegen das römische Eigenthum. Der frühere Abgeordnete Jörg hat darauf hingewiesen, daß eine Scheidung von römischem und anderem Eigenthum nur ein bloßes Spiel sei. Wenn dieses Wort in die Massen als Stichwort hinausgeworfen wird — wie viel von uns sind denn im Stande, einen Unterschied zwischen römischem und germanischem Eigenthum anzugeben — so ist es unmöglich, hier einen Schritt zu machen.

Dann kommen andere Angriffe auf das Eigenthum, es wird nicht das bewegliche Eigenthum, sondern das sogenannte Capital, auf welches über... alle Schmach und Indignation herabgerufen wird, angegriffen. Die An... wird dahin formulirt, daß das Capital ein Fluch und ein Unglück sei und abgeschafft werden müsse. Andere haben gesagt, sie wollten das Eigenthum nicht abschaffen, aber beschränken, andere wollen es verallgemeinern. Ich denke dabei nicht an unbedeutende Autoritäten, sondern an wissenschaftliche ...heiten, unter andern an einen ehemaligen Collegen, der Mitglied eines Ministeriums einer sehr großen Monarchie war, welcher auf dem ... Flügel conservativer Gesinnung stand. Daß es mit der Feststellung der Grenze zwischen Schädlich und Unschädlich und mit der Religion und Sittlichkeit allein nicht gethan ist, will ich Ihnen beweisen. Ich bestreite den Werth der Religion nicht; ich möchte nur ein Mittel wissen, wie man dieselbe in die Köpfe, welche sie bereits verloren haben, hineinbringen kann. (Oho! im Centrum.) Man kann religiös und monarchisch gesinnt sein, und doch diese Theorien vertreten. (Redner verliest eine Stelle aus dem „Staatssocialist" über Eigenthum.) Wenn dies in einem Blatte steht, das sich rühmt, eine Stütze der Monarchie und des Altars zu sein, werden Sie dann noch behaupten, daß die Schriften Bebel's und Liebknecht's mehr Schaden stiften oder weniger. Meiner Ansicht nach weniger, weil sie unter der Etiquette des Umsturzes gehen, die anderen aber unter der Etiquette des Conservatismus. Denken Sie nicht, daß es nur theoretische Aeußerungen sind, nein, es ist ein Gegenstand der eifrigsten Propaganda. (Zum Beweis verliest Redner Stellen aus einem Circular.)

Das sind Reden angesehener Personen, die den Staat zu retten glauben, wenn sie sich der socialdemokratischen Bewegung bemächtigen; sie glauben, daß ein eben aus dem Gymnasium entlassener junger Mann die Fähigkeit besitze, mit diesen Lehren die Welt zu erlösen. Wenn ich also verlange, daß nicht blos socialdemokratisch, sondern auch socialistisch in die Definition dieses Gesetzes aufgenommen werde, so thue ich es, weil ich meine, das Uebel ist nur deshalb in Deutschland so stark geworden, weil es sich mit den idealsten Bestrebungen eng verbündete. Dies bringt mich auf die früheren Beziehungen des Reichskanzlers zur socialdemokratischen Bewegung. Neues hat uns Herr Bebel eigentlich nicht enthüllt. An die Details würde ich nur dann glauben, wenn der Abg. Bebel mir sagte, daß er aus eigener Wissenschaft sämmtliche Thatsachen kennt, die er vorgelesen hat, z. B. die, daß Lassalle 100 Millionen ausgeschlagen hat, um Deutschland zu retten. Dafür möchte ich einen etwas präciseren Beweis, ich kann an diese große, unverantwortliche Enthaltsamkeit nicht glauben. Aber es bestätigt mir das, was ich gerade als Grundzug dieser Erscheinungen bei uns ansehe, daß die meisten Kreise unserer Nation es wirklich für ungefährlicher gehalten haben, mit diesem Feuer zu spielen, als es in der That war. (Sehr richtig.) Ich will kein Urtheil fällen in dieser Frage und habe nicht die Vermessenheit, mich zum Advocaten des Reichskanzlers aufzuwerfen; aber ich bin überzeugt, eine Gesellschaft, welche die staatsgefährliche Zukunft zeigt, wie sie heute die Socialdemokratie enthält, die würde der Reichskanzler nicht auf diese Weise gefördert haben. Wenn er es gethan hat, so hat er es gethan, weil er vielleicht als Politiker glaubte, mehr verantworten zu können, wie ich als Staatsbürger würde glauben, verantworten zu können. (Heiterkeit.)

Und wenn er selbst ganz und gar von dem Stückchen Vorwurf gereinigt werden könnte, das immerhin in diesen Thatsachen liegt, so würde er jedenfalls von dem Vorwurfe sich nicht reinigen können, daß er eine so wichtige Erscheinung im Gebiete des nationalen Lebens so durchaus verkannt hat, daß er auf diese Weise sich mit ihr einlassen und compromittiren konnte. Im Großen und Ganzen aber beweist nur das Alles, was hier gesagt worden ist, wie tief bereits das nationale Leben in diese Verwickelung hineingezogen worden ist und wie sehr wir uns bemühen müssen, den Rückweg zu finden. Es wird mir nicht gelingen, heute Definitionen zu geben, von denen ich glauben muß, daß sie die geschilderte, die Gesellschaft bedrohende Anschauungsweise eindämmen und dennoch wieder das geistige Leben der Nation nicht durchaus hemmen. Die Grenze zwischen Zeitungen, Flugschriften, Büchern herzustellen und zu definiren, ob bereits im Verkehr befindliche Bücher unter dieses Gesetz fallen sollen oder nicht, das ist für heute unmöglich. Wir werden aber namentlich nach Kennzeichen suchen müssen, um wenigstens das Hervorstechende von der Bezeichnung solcher Dinge zu erfassen. Und hierbei scheint mir das Charakteristische zu sein, nicht blos, daß der Versuch gemacht werden soll, die Gesellschaft auf einer anderen Grundlage der Production der Güter, der Verzehrung und Vertheilung derselben umzuwandeln, sondern das Charakteristische ist etwas Anderes, das ist die Erregung von Haß und Feindschaft eines Theiles der Bevölkerung gegen andere auf Grund verschiedener Bedingungen der Lebenserhaltung und Ernährung. (Sehr richtig.)

Alle Theorien über Eigenthum, Capital, über die Rechte, sich frei oder nicht frei zu bewegen, schwinden vor der Hauptcharakteristik des Giftes, das in die deutsche Action hineingetragen worden ist und welches darin besteht, daß jede Partikel der Nation gegen die andere in wildester Weise aufgehetzt worden ist, weil man zu den Betreffenden sagte: Dieser andere Theil lebt auf Deine Kosten; wenn es gerecht zuginge, würdest Du theilweise an seiner Stelle sein; es ist nur böser Wille der Gesetzgebung, wenn dies nicht geschieht. Das ist die eigentliche Spitze der ganzen Bewegung; dieses Charakteristische des Aufhetzens einer Klasse der Bevölkerung gegen andere auf Grund der Vermögensverhältnisse muß in die Definition hineinkommen, und dann werden gerade auch Schriften von der Art, wie ich sie geschildert habe, unter das Gesetz fallen. Was nun die Garantien betrifft, die in das Gesetz eingefügt werden sollen, so wird zunächst die Zeitbeschränkung einzuführen sein, welche ja auch in dem früheren Gesetz vorhanden war. Ich berufe mich auf das frühere Gesetz nicht in dem Sinne, daß ich mit den damaligen Motiven meinte, die Gefahr nach drei Jahren so ziemlich unterdrückt zu sehen. Aber das gegenwärtige Gesetz wird hauptsächlich die Aufgabe haben, nicht sowohl bei denen, die bereits von dem Gift dieser Irrthümer ergriffen sind, dieselben auszurotten, als vielmehr die weitere Ausbreitung zu verhindern. Wo diese verkehrten Gedanken Platz gegriffen haben, sind sie schwer wieder wegzubringen, wenn es nicht durch eine selbst erlebte Katastrophe geschieht. Wir können das Weitergreifen einschränken, aber es will mir nicht einleuchten, daß wir uns nach zwei oder drei Jahren der alten Sicherheit wieder übergeben können. Wenn ich eine Zeitbeschränkung als unerläßliche Bedingung des Gesetzes ansehe, so geschieht dies, weil ich sage, wenn auch nicht gegen Personen, aber der Sache nach liegt ein Ausnahmegesetz vor, welches nur transitorische Wirkung haben darf. Außerordentliche Vollmachten können nicht auf immer gegeben werden, das wäre unverantwortlich. Damit wollen wir aber der Polizei nicht gestatten, innerhalb dieser Zeitgrenze nach Belieben zu schalten; was wir thun, ist uns durch die Größe des Uebels abgezwungen.

Vor allen Dingen soll von den Bestimmungen des Gesetzes Niemand unverdientermaßen getroffen werden. In den unteren Stadien der Verwirklichung dieses Gesetzes muß die Verwaltung eingreifen, und ich verkenne nicht, daß man in der höchsten Revisionsinstanz nicht einfach die richterliche Gewalt einsetzen kann. Ich verkenne nicht, daß mit der Schaffung eines neuen Gerichtes oder mit der Befassung eines bestehenden mit diesen Dingen manche Mißstände verbunden wären. Ich glaube, es wird ein Drittes gefunden werden müssen. Die Einwendungen gegen das oberste Verwaltungsgericht schrecken mich nicht ab; denn es läßt sich kaum etwas finden, was ganz einwandslos ist. Wir werden also suchen müssen, eine Revisionsinstanz zu schaffen, welche mehr Garantie bietet, als die von der Regierung vorgeschlagene Bundesbehörde, welche hier als rein politische Machtbehörde fungiren würde. Die Revisionsbehörde muß, um wirklich ihres Amtes pflegen zu können, die Natur der Entscheidung der ersten Verfügung kennen; ich habe daher in dem Gesetze die Vorschrift vermißt, daß auch die Verwaltungsbehörde da, wo sie einschreitet, genöthigt werde, ihre Motive hierfür anzugeben. Die Instanz, welche zuletzt entscheidet, muß aus der Sache selbst informirt sein und Niemand soll ungehört und ohne Motive verurtheilt werden. Ich habe bereits gesagt, daß ich nicht in der Lage bin, für irgend Jemand anders, als für mich hier zu reden, oder soweit ich die Sache überschaue, ist eine große Anzahl, ich hoffe die Mehrheit des Hauses, bereit, redlich mitzuarbeiten, um den Versuch zu machen, einem Bedürfniß, dessen Existenz nicht geleugnet werden kann, abzuhelfen, und wenn man ein Gesetz machen will, nur zur Beseitigung der Gefahren und des Uebels, von dem hier die Rede ist und zu keinem anderen Zweck, so wird das Gesetz zu Stande kommen. (Beifall.)

Um 3¾ Uhr wird die weitere Berathung auf Dinstag 11 Uhr vertagt.

---

**Berlin**, 16. Sept. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] traf am Sonnabend Abend gegen 10 Uhr auf Schloß Wilhelmshöhe ein und empfing daselbst gestern früh Se. Majestät den Kaiser bei der Ankunft aus Gastein. Beide Majestäten wohnten dem Gottesdienst in der Schloßkapelle bei und fuhren später im offenen Wagen, von der Bevölkerung herzlich bewillkommnet, durch den Park. Zu dem Diner waren der commandirende General und die nähere Umgebung der Majestäten befohlen.

[Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten die Kronprinzlichen Herrschaften] trafen, von Derneburg kommend, am Sonnabend, früh 8½ Uhr, in Potsdam ein und begaben Sich vom Bahnhof nach dem Jagdschloß Glinike zur Beglückwünschung Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin Friedrich Carl an Höchstderen Geburtstage. Se. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz kam gestern Mittag um 12 Uhr von Potsdam nach Berlin und empfing hier nach dem Eintreffen im Beisein des Stellvertreters des Reichskanzlers, Grafen zu Stolberg-Wernigerode, das Präsidium des Reichstages und demnächst den General-Feldmarschall Grafen von Moltke mit den zur Zeit in Berlin anwesenden Mitgliedern des Gesammt-Comités für die Wilhelmsspende. Später ertheilte Se. Kaiserliche Hoheit dem Kaiserlichen General-Consul in Tunis, Ritter Tulin de la Tuniste, Audienz und nahm die Meldung des General-Inspecteurs der Artillerie, Generals von Podbielski, entgegen. Gegen 2 Uhr begab Sich Se. Kaiserliche Hoheit mittels Extrazuges nach Neu-Babelsberg und von dort zum Familiendiner nach Glinike. Heute nahm Höchstderselbe im Laufe des Vormittags den regelmäßigen Vortrag des Civil-Cabinets entgegen. (R.-Anz.)

⊙ **Berlin**, 16. Sept. [Rückkehr des Fürsten Bismarck. — Vertretung des Socialisten-Gesetzes. — Gesetzentwurf über Feld- und Forstpolizei. — Zu den Manövern bei Kassel.] Die Rückkehr des Fürsten Bismarck ist heut Mittag um 12½ Uhr erfolgt. Obwohl morgen voraussichtlich die erste Lesung des Socialistengesetzes zu Ende geht, so ist es doch möglich, daß der Fürst dabei im Reichstag erscheint; zweifelhafter, ob er in die Verhandlung persönlich eingreift. Die vorläufigen Verabredungen in Betreff der Vertretung der Vorlage sind unabhängig von der etwaigen Theilnahme des Kanzlers getroffen worden. Nächst dem Grafen Stolberg, welcher die Verhandlungen heut eingeleitet hat, werden der preußische Minister des Innern, der Präsident des Reichsjustizamts und voraussichtlich einer oder der andere von den Justizministern der Bundesstaaten die Vorlage vertreten. Welches Gewicht sämmtliche einzelne Regierungen in Uebereinstimmung mit der preußischen Regierung auf das Gesetz legen, bekundet die persönliche Theilnahme der Minister Feustel, von Mittnacht, Abeken, Turban u. s. w. — Der für den nächsten Landtag im landwirthschaftlichen Ministerium vorbereitete Gesetzentwurf, betreffend die Feld- und Forst-Polizei, ist, nachdem derselbe in commissarischen Berathungen mit den dabei betheiligten Behörden nebst Motiven fertig gestellt worden, nunmehr den einzelnen Ministerien zu gutachtlicher Aeußerung vorgelegt worden. Die Erklärungen der Ministerien werden in diesen Tagen erwartet. — Für die Manöver des 11. Armee-Corps bei Kassel sind, wie in militärischen Kreisen verlautet, als Schiedsrichter Allerh. Ortes ernannt worden: 1) Gen.-Lieut. Freih. v. d. Becke, Inspecteur der 3. Feld-Artillerie-Inspection; 2) Gen.-Lieut. v. Voigts-Reetz, Director im Allgemeinen Kriegsdepartement, 3) Gen.-Maj. v. Thiele, Inspecteur der Jäger und Schützen, 4) Gen.-Major v. Görne, Inspecteur der Infanterie-Schulen. Als Oberschiedsrichter soll der Gen. der Inf. und Command. Gen. des 10. Armee-Corps v. Bose fungiren.

= **Berlin**, 16. Sept. [Zum Empfang des Reichstagspräsidiums durch den Kaiser.] Das Präsidium des Reichstages ist gestern von Sr. k. k. Hoheit dem Kronprinzen in Gegenwart des Staatsministers Grafen zu Stolberg empfangen worden. Der Kronprinz unterhielt sich in zuvorkommendster Weise mit den Präsidenten. Das Gespräch blieb indessen ohne jede politische Beziehung. Die von dem Reichstag beschlossene Beglückwünschung des Kaisers zu seiner wiederholten Errettung aus Mörderhand ist dem Kronprinzen mit der Bitte um Uebermittelung an Se. Maj. den Kaiser zugesendet worden.

**Kassel**, 16. Sept. [Der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands] hielt heute hier seine Jahres-Versammlung. Den Vorsitz führte Kalle (Bieberich). Den Hauptgegenstand der Berathung bildete das Gesetz gegen die Verfälschung der Lebensmittel. Es wurde beschlossen, auf eine größere Sicherstellung der Interessen der Farbenindustrie hinzuwirken, im Uebrigen aber den Beschlüssen der betreffenden Reichstagscommission zuzustimmen. Als Mitglieder für die Commission zur Vornahme der Spiritusenquete sollen dem Reichskanzleramt vorgeschlagen werden: Schering (Berlin), Krämer (Berlin), Trommsdorf (Erfurt), Gericke (Leipzig). Es erfolgte sodann die Neuwahl des Vorstandes. Zum nächsten Versammlungsort wurde Baden-Baden gewählt.

# Provinzial-Zeitung.

♂ **Breslau**, 17. Sept. [Frau Gräfin v. Henckel-Donnersmarck verunglückt.] Aus Oberschlesien schreibt man uns: „Auf den Radzionkauer Feldern wurde am 16. September um 11 Uhr die Frau Gräfin Wanda v. Henckel-Donnersmarck auf Siemianowitz bei der Hühnerjagd von einem erheblichen Unglücksfall betroffen. Beim Abfeuern des Lancaster-Gewehres zersprang dasselbe; der Frau Gräfin, welche bis dahin mit Glück gejagt hat, wurden dabei zwei Gelenke des Mittel- und Goldfingers an der linken Hand abgerissen. Zu bewundern war die Fassung der Frau Gräfin, die sich, als wenn nichts vorgefallen wäre, verabschiedete. Die Jagd hat selbstverständlich einen plötzlichen Abschluß gefunden."

Angekommen: Se. königl. Hoheit Herzog von Schleswig-Holstein-Augustenburg-Sonderburg nebst hohem Gefolge aus Schloß Primkenau. Se. königl. Hoheit Prinz Christian von Schleswig-Holstein aus London. Se. Durchl. Georg Prinz zu Schönaich-Carolath aus Mellendorf. Ihre Durchl. Prinzeß zu Schönaich-Carolath aus Mellendorf.

---

**Berlin**, 19. Sept. [Börse.] Die Börse eröffnete die neue Woche in einer sehr matten Stimmung, doch zeigte sich der Verkehr belebter als in den letzten Tagen. In den Haupt-Speculationspapieren wurden ziemlich umfangreiche Blancoverkäufe gemacht, die natürlich einen starken Coursdruck zur Folge hatten. Oesterr. Creditactien büßten circa 16 M. am Course ein. Besondere Gründe für das energische Vorgehen der Contremine sind nicht gerade anzuführen. Politische Erwägungen, die Nachricht aus Rom von dem Abschluß eines neuen Vertrages zwischen England und der Pforte und die bisherigen Engagementsverhältnisse hier wie an der Wiener Börse wirkten gemeinsam, den Muth der Contremine zu beleben. Gegen Schluß der Woche gewann die matte Tendenz besonders an Intensität, da auch aus London niedrigere Notirungen gemeldet wurden, zumal diese als die Folge eines Timesartikels bezeichnet wurden. Die österreichischen Nebenbahnen waren zu den bisherigen Coursen nicht verkäuflich, da Abgeber ziemlich auf Preise hielten. In den localen Speculationseffecten fanden nur geringfügige Umsätze statt und schlug natürlich auch hier die Coursbewegung weichende Richtung ein. Es notirten: Disc.-Comm. 129,80, ult. 131—29¼—30—29½, Laurahütte 71,50, ult. 71,10—71—71,40—71,10. Mit herabgesetzten Notirungen eröffneten die ausländischen Staatsanleihen das Geschäft und belebte sich letzteres anfänglich auch in erfreulicher Weise. Später griff eine allgemeine Ermattung Platz. Russische Werthe niedriger. 5%ige Staatsanleihe 82⅜—81⅝—81¾. Russische Noten 210—209½. Preußische Fonds verhielten sich sehr still und hatten auch etwas an ihrer bisherigen Festigkeit eingebüßt. Andere deutsche Staatspapiere fast ganz geschäftslos. Einheimische Eisenbahnprioritäten wurden zu behaupteten Coursen etwas reger umgesetzt. Oesterreichische und Russische Prioritäten schwächer. Auf dem Eisenbahnactienmarkte herrschte eine sehr matte Stimmung und waren die rheinisch-westfälischen Speculationsdevisen zu weichenden Preisen trotz der günstigen Augusteinnahmen sehr stark angeboten. Per ultimo wurden gehandelt Berg. zu 77,40—77, Kölnische zu 106¾—5½—¾, Rheinische 108,90—7¼—7¾. Von anderen schweren Bahnen waren nur Potsdamer besser und Oberschl. Eisenb. sehr fest. Leichte Bahnen vernachlässigt. Berlin-Dresdener und Nahebahn in gutem Verkehr. Rumänen behauptet, aber sehr still. Aachen-Mastrichter, Weimar-Geraer und Werrabahn nicht ganz unbelebt. Stammprioritätsactien sämmtlich billiger offerirt. Bank-Actien wenig belebt und vorwiegend matt, nur Börsenhandelsverein etwas besser. Deutsche Bank, Berliner Handelsgesellschaft, Dresdener Bank, Schlesische Vereinsbank, Sächsische Bank, Leipziger Creditbank, Schaaffhausen und Hübner niedriger. Industriepapiere betheiligten sich wenig am Verkehr. Tivolibrauerei besser, Brauerei Ahrens gedrückt. Greppiner Werke zogen etwas an, Langensalzer Tuchfabrik unverändert. Magdeburger Gas, Volpi u. Schlüter und Zoolog. Garten-Obligat. waren billiger erhältlich. Lauchhammer steigend. Bergwerkspapiere matt und gedrückt. Hibernia, Donnersmarck, Louise Tiefbau und Mechernicher angeboten.

Um 2½ Uhr: Erholt. Credit 392, Lombarden 122,—, Franzosen 438, Rumänen 32,—, Galizier —, Köln-Mindener 106, Rheinische 107,75, Bergische 77,—, Disconto-Commandit 130,—, Laurahütte 71,50, Reichsbank 155,90, Italiener 72,90, Türken 12,90, 1860er Loose —,—, Oesterreichische Goldrente 61,10, do. Silberrente 53,—, do. Papierrente 51,30, Ungarische Goldrente —, Russen 81,90, Russische Noten 209,50.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterr. Silberrent.-Cp. 173,25 bez., do. Eisenb.-Cp. 173,— bez., do. Papier in Wien zahlb. min. 40 ₰ k. Wien, Amerikan. Gold-Dollar-Bonds 4,18,50 bez., do. Eisenbahn-Prioritäten 4,18

bez., do. Papier-Doll. 4,15 bez., 8% New-York-City 4,18 bez., Russ. Central-Boden min. 20 ₰ Paris, do. Papier u. verl. min. 75 ₰ i. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 ₰ Warschau, Russ.-Engl. cons. verl. 20,65 bezahlt., Russischer 30% 20,65 bezahlt., 22er Russen 20,90 bez., Große Russische Staatsbahn —,— bez., Russ. Boden-Credit 20,30 bez. Warschau-Wiener-Comm. —,— bez., 8% Rumänische St.-Anl. —,—, Warschau-Terespol 20,18 bez., 3% u. 5% Lombard. min. 15 ₰ Paris, Diverse in Paris zahlbar minus 25 ₰ Paris, Holländische minus 25 ₰ Amsterdam, Schweizer minus 50 ₰ Paris, Belgische minus 30 ₰ Brüssel, Berl. Lstr.-Obligationen 20,43 bez.

## Berliner Börse vom 16. September 1878.

### Fonds- und Geld-Course.

| | | |
|---|---|---|
| Deutsche Reichs-Anl. | 4 | 96,00 bzB |
| Consolidirte Anleihe. | 4½ | 105,60 bzG |
| do. do. 1876 | 4 | 96,00 bz |
| Staats-Anleihe | 4 | 95,60 bz |
| Staats-Schuldscheine | 3½ | 92,75 bz |
| Präm.-Anleihe v. 1855 | 3½ | Ziehung. |
| Berliner Stadt-Oblig. | 4½ | 102,20 G |
| Pfandbriefe: Berliner | 4½ | 101,60 B |
| Pommersche | 3½ | 85,00 B |
| do. | 4 | 95,50 B |
| do. | 4½ | 102,30 bz |
| do. Ldsch.Crd. | 4½ | — |
| Posensche neue | 4 | 95,00 G |
| Schlesische | 3½ | — — |
| Ldschaftl. Central | 4 | 95,20 bz |
| Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk. | 4 | 96,25 B |
| Pommersche | 4 | 96,10 bz |
| Posensche | 4 | 95,60 B |
| Preussische | 4 | 95,50 B |
| Westfäl. u. Rhein. | 4 | 97,90 B |
| Sächsische | 4 | 97,50 bz |
| Schlesische | 4 | 96,75 G |
| Badische Präm.-Anl. | 4 | 122,00 B |
| Baierische 4% Anleihe | 4 | 123,50 B |
| Cöln-Mind.Prämiensch. | 3½ | 116,50 bz |
| Sächs. Rente von 1876 | 3 | 72,70 bz |

Kurh. 40 Thaler-Loose 244,90 bz
Badische 35 Fl.-Loose 139,50 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 82,60 bz
Oldenburger Loose 138,10 bzG

| | |
|---|---|
| Ducaten 9,65 G | Dollars 4,18 G |
| Sover. 20,43 bzG | Oest. Bkn. 173,35 bz |
| Napoleon 16,28 bz | do. Silbergd. — — |
| Imperials — — | Russ. Bkn. 209,00 bz |

### Hypotheken-Certificate.

| | | |
|---|---|---|
| Krupp'sche Partial-Ob. | 5 | — |
| Unkb.Pfd.d.Pr.Hyp.-B. | 4½ | 97,00 bzG |
| do. do. | 5 | 102,00 bzG |
| Deutsche Hyp.-B.-Pfb. | 4½ | 95,25 bzG |
| do. do. do. | 5 | 100,50 B |
| Kündbr. Cent.-Bod.-Cr. | 4½ | 100,10 bz |
| Unkünd. do. (1872) | 5 | 102,90 bz |
| do. rückzb. à 110 | 5 | 106,75 bz |
| do. do. do. | 4½ | 98,75 bz |
| Unk. H.d.Pr.Bd.-Crd.B. | 5 | — — |
| do. III. Em. do. | 5 | 101,30 bzG |
| Kündb.Hyp.Schuld. do. | 5 | 100,20 G |
| Hyp.-Anth.Nord-G.C-B | 5 | — |
| do. do. Pfandbr. | 5 | 94,50 bzG |
| Pomm. Hyp.-Briefe | 5 | 100,75 bzG |
| do. do. II. Em. | 5 | 94,30 G |
| Goth. Präm.-Pf. I. Em. | 5 | 108,00 B |
| do. do. II. Em. | 5 | 105,50 B |
| do. 5% Pf.rkzlbr.m.110 | 5 | 100,75 bzG |
| do. 4½ do. do. m.110 | 4½ | 94,00 G |
| Meininger Präm.-Pfdb. | 4 | 107,90 bz |
| Oest. Silberpfandbr. | 5½ | — — |
| do. Hyp.-Crd.-Pfdbr. | 5 | — — |
| Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge. | 5 | 91,75 G |
| Schles. Bodencr.-Pfdbr. | 5 | 99,40 B |
| do. do. | 4½ | 95,00 etbzB |
| Südd. Bod.-Cred.-Pfdb. | 5 | 102,90 G |
| do. do. 4½% | 4½ | 98,60 G |
| Wiener Silberpfandbr. | 5½ | — — |

### Ausländische Fonds.

| | | |
|---|---|---|
| Oest. Silber-R. (1/1.-1/7.) | 4⅕ | 53,30 G |
| do. (1/4.-1/10.) | | 53,20 bzG |
| do. Goldrente | 4 | 61,40 bzB |
| do. Papierrente | 4⅕ | 51,80 bz |
| do. 54er Präm.-Anl. | 4 | — |
| do. Lott.-Anl. v. 60. | 5 | 105,50 bzB |
| do. Credit-Loose | fr. | 301,00 bz |
| do. 64er Loose | fr. | 256,00 B |
| Russ. Präm.-Anl. v. 64 | 5 | 152,20 bz |
| do. do. 1866 | 5 | 150,10 bz |
| do. Bod.-Cred.-Pfdbr. | 5 | 74,25 bz |
| do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb. | 5 | — — |
| Russ.-Poln. Schatz-Obl. | 4 | 80 G |
| Poln. Pfndbr. III. Em. | 4 | 63,50 bz |
| Poln. Liquid.-Pfandbr. | 4 | 56,70 B |
| Amerik. rückz. p. 1881 | 6 | 104,90 G |
| do. do. 1885 | 6 | — — |
| do. 5% Anleihe | 5 | 103,90 G |
| Ital. 5% Anleihe | 5 | — |
| Ital. Tabak-Oblig. | 6 | 101,90 G |
| Raab-Grazer 100Thlr.L | 4 | 71,00 B |
| Rumänische Anleihe. | 8 | 102,40 bz |
| Türkische Anleihe. | 5 | 12,90 etbzG |
| Ungar. Goldrente | 6 | 72,50 bzB |
| Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl. | 5 | 71,90 B |

Schwedische 10 Thlr.-Loose —
Finnische 10 Thlr.-Loose 38,20 bz
Türken-Loose 41,05 bzB

### Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

| | | |
|---|---|---|
| Berg.-Märk. Serie II. | 4½ | 100,00 G |
| do. III. v. St.3½g. | 3½ | 84,70 bzG |
| do. do. VI. | 4½ | 100,90 B |
| do. Hess. Nordbahn | 5 | — — |
| Berlin-Görlitz | 5 | — — |
| do. | 4½ | 90,50G C87,30bz |
| Breslau-Freib. Lit. F. | 4½ | — |
| do. Lit. G. | 4½ | 97 B |
| do. do. H. | 4½ | — — |
| do. do. J. | 4½ | 95,00 G |
| do. do. K. | 4½ | 95,00 bzG |
| do. von 1876. | 5 | 101,80 bzG |
| Cöln-Minden III. Lit. A. | 4 | 95,60 B |
| do. .. Lit. B. | 4½ | 100,00 bzG |
| do. .... IV. | 4 | 95,50 bzG |
| do. .... V. | 4 | 93,25 B |
| Halle-Sorau-Guben | 4½ | 101,40 bz |
| Hannover-Altenbeken. | 4½ | — — |
| Märkisch-Posener | 5 | — — |
| N.-M. Staatsb. I. Ser. | 4 | 96,00 G |
| do. do. II. Ser. | 4 | 95,20 G |
| do. do. Obl. I. u. II. | 4 | 96,25 G |
| do. do. III. Ser. | 4 | 95 50 B |
| Oberschles. B. | 3½ | — — |
| do. C. | 4 | — — |
| do. D. | 4 | 92 90 G |
| do. E. | 3½ | 86,00 B |
| do. F. | 4½ | — — |
| do. G. | 4½ | 100,00 G |
| do. H. | 4½ | 101,00 bz |
| do. von 1869. | 5 | 101,25 bz |
| do. von 1873. | 4 | 92,10 G |
| do. von 1874. | 4½ | — — |
| do. Brieg-Neisse | 4½ | 95,50 B |
| do. Cosel-Oderb. | 4 | — — |
| do. do. | 5 | 103,40 G |
| do. Stargard-Posen | 4 | — — |
| do. do. II. Em. | 4½ | — — |
| do. do. III. Em. | 4½ | — — |
| do. Ndrschl. Zwgb. | 3½ | — — |
| Ostpreuss. Südbahn | 4½ | 99,75 B |
| Rechte-Oder-Ufer-B. | 4½ | 100,00 B |
| Schlesw. Eisenbahn | 4½ | 100,25 B |
| Dux-Bodenbach. | 5 | 67,10 G |
| do. II. Emission | 5 | 56,00 G |
| Prag-Dux | fr. | 20,30 G |
| Gal. Carl-Ludw.-Bahn. | 5 | 87,60 G |
| do. do. neue | 5 | 86,00 bzG |
| Kaschau-Oderberg | 5 | 60,25 bz |
| Ung. Nordostbahn | 5 | 58,00 bzG |
| Ung. Ostbahn | 5 | 54,10 bz |
| Lemberg-Czernowitz. | 5 | 66,80 bzG |
| do. do. II | 5 | 69,80 G |
| do. do. III. | 5 | 62,40 bz |
| do. do. IV. | 5 | 58,30 G |
| Mährische Grenzbahn. | 5 | — — |
| Mähr.-Schl. Centralb. | fr. | 18,75 G |
| do. II. | fr. | — — |
| Kronpr. Rudolf-Bahn | 5 | 67,25 bzG |
| Oesterr.-Französische | 3 | 340,50 bz |
| do. do. II. | 3 | 328,00 B |
| do. südl. Staatsbahn. | 3 | 243,00 bz |
| do. neue | 3 | 244,75 G |
| do. Obligationen | 5 | 82,50 bzB |
| Rumän. Eisenb.-Oblig. | 6 | 63,00 bzG |
| Warschau-Wien II. | 5 | 97,00 bzB |
| do. III. | 5 | 84,00 G |
| do. IV. | 5 | 82,50 G |
| do. V. | 5 | 79,75 G |

### Wechsel-Course.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Amsterdam 100 Fl. | 8 T. | 3½ | 169,05 bz |
| do. do. | 2 M. | 3½ | 168,15 bz |
| London 1 Lstr. | 3 M. | 5 | 20,285 bz |
| Paris 100 Frcs. | 8 T. | 2 | 81,10 bzB |
| Petersburg 100 SR. | 3 M. | 6 | 208,60 bz |
| Warschau 100 SR. | 8 T. | 6 | 209,90 bz |
| Wien 100 Fl. | 8 T. | 4½ | 172,70 bz |
| do. do. | 2 M. | 4½ | 171 20 bz |

### Eisenbahn-Stamm-Actien.

| Divid. pro | 1876 | 1877 | Zf. | |
|---|---|---|---|---|
| Aachen-Mastricht. | 1 | ½ | 4 | 15,80 bz |
| Berg.-Märkische. | 3¾ | 3⅛ | 4 | 77,00 bz |
| Berlin-Anhalt | 6 | 5¾ | 4 | 92,25 bzG |
| Berlin-Dresden | 0 | 0 | 4 | 10,50 G |
| Berlin-Görlitz | 0 | 0 | 4 | 12,50 bz |
| Berlin-Hamburg. | 11 | 11½ | 4 | 196,00 bz |
| Berl.-Potsd-Magdb | 3½ | 3½ | 4 | 89,60 bz |
| Berlin-Stettin | 8 9/10 | 7 1/10 | 4 | 111,75 bz |
| Böhm. Westbahn. | 5 | 5 | 5 | 69,40 bz |
| Breslau-Freib. | 5 | 2½ | 4 | 64,20 bz |
| Cöln-Minden | 5¼ | 5 1/20 | 4 | 105,50 bz |
| Dux-Bodenbach.B | 0 | 0 | 4 | 17,50 bzB |
| Gal. Carl-Ludw.-B. | 7 | 9 | 4 | 100,10 bz |
| Halle-Sorau-Gub. | 0 | 0 | 4 | 14,50 bz |
| Hannover-Altenb. | 0 | 0 | 4 | 10,10 bz |
| Kaschau-Oderberg | 4 | 4 | 5 | — — |
| Kronpr. Rudolfb. | 5 | 5 | 5 | 48,50 bzG |
| Ludwigsh.-Bexb. | 9 | 9 | 4 | 181 25 b |
| Märk.-Posener | 0 | 0 | 4 | 18,00 bzB |
| Magdeb.-Halberst. | 8 | 8 | 4 | 127,50 bz |
| Mainz-Ludwigsh. | 5 | 5 | 5 | 73,00 bz |
| Niederschl.-Märk. | 4 | 4 | 4 | 96,50 B |
| Oberschl. A.C.D.E. | 9⅗ | 8½ | 3½ | 126,75 bzG |
| do. B. | 9⅗ | 8½ | 3½ | — |
| Oesterr.-Fr. St.-B. | 5⅖ | 6 | 4 | 440,60-38,50 |
| Oest. Nordwestb. | 5 | 4,15 | 5 | 187,50 B |
| Oest.Südb.(Lomb.) | 0 | 0 | 4 | 122-1-2 |
| Ostpreuss. Südb. | 0 | 0 | 4 | 44,00 bzB |
| Rechte-O.-U.-B. | 6⅗ | 6½ | 4 | 116,10 bz |
| Reichenberg-Pard. | 4½ | 4 | 4½ | 33,00 bzB |
| Rheinische | 7½ | 7 | 4 | 107,75 bz |
| do. Lit. B. (4% gar.) | 4 | 4 | 4 | 93,30 etbzG |
| Rhein-Nahe-Bahn. | 0 | 0 | 4 | 7,30 bzG |
| Rumän. Eisenbahn | 1 | 2 | 4 | 31,75-2 bz |
| Schweiz Westbahn | ⅓ | 0 | 4 | 13,50 bzG |
| Stargard-Posener | 4½ | 4½ | 4½ | 100,90 bz |
| Thüringer Lit. A. | 9¼ | 7½ | 4 | 115,50 bzG |
| Warschau-Wien. | 6⅔ | 5 | 4 | 172 bz |

### Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Berlin-Dresden | 0 | 0 | 5 | 24,50 bzG |
| Berlin-Görlitzer | 0 | 0 | 5 | 84,50 bzG |
| Breslau-Warschau | 0 | 0 | 5 | — — |
| Halle-Sorau-Gub. | 0 | 0 | 5 | 40,50 bzB |
| Hannover-Altenb. | 0 | 0 | 5 | 25,75 bzG |
| Kohlfurt-Falkenb. | 0 | 0 | 5 | — — |
| Märkisch-Posener | 3¾ | 4¾ | 5 | 85,50 bz |
| Magdeb.-Halberst. | 3½ | 3½ | 3½ | 78,25 bzG |
| do. Lit. C. | 5 | 5 | 5 | 106,25 bzG |
| Ostpr. Südbahn. | 5 | 5 | 5 | 88,60 bzG |
| Rechte-O.-U.-B. | 6½ | 6½ | 5 | 112,00 bzG |
| Rumänier | 8 | 8 | 8 | 84,70 bzG |
| Saal-Bahn. | 0 | 0 | 5 | 15,50 bzG |
| Weimar-Gera. | 0 | 0 | 5 | 16,50 G |

### Bank-Papiere.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Alg.Deut.Hand.-G | 0 | 2 | 4 | 31,50 G |
| AngloDeutscheBk. | 0 | 0 | 4 | — — |
| Berl. Kassen-Ver. | 10 7/12 | 8 4/15 | 4 | 148,00 G |
| Berl. Handels-Ges. | 0 | 0 | 4 | 65,75 bz |
| Brl.Prd.-u.Hdls.-B. | 6½ | 6 | 4 | 77 B |
| Braunschw. Bank. | 5 | 3 | 4 | 86,00 etbzG |
| Bresl. Disc.-Bank. | 4 | 3 | 4 | 68 25 bz |
| Bresl. Wechslerb. | 5⅔ | 6½ | 4 | 76,50 B |
| Coburg. Cred.-Bnk. | 4½ | 5 | 4 | 75,50 B |
| Danziger Priv.-Bk. | 7 | 6 | 4 | 105,50 G |
| Darmst. Creditbk. | 8 | 6¾ | 4 | 113,30 bz |
| Darmst. Zettelbk. | 5¼ | 5¾ | 4 | 100,00 bzG |
| Deutsche Bank | 6 | 6 | 4 | 104,25 bz |
| do. Reichsbank | 6½ | 6,29 | 4½ | 155,90 bz |
| do. Hyp.-B. Berlin | 5 | 7½ | 4 | 87,50 bzG |
| Disc.-Comm.-Anth. | 4 | 5 | 4 | 129 50 bz |
| do. ult. | 4 | 5 | 4 | 131,00-29,25 |
| Genossensch.-Bnk. | 5½ | 5½ | 4 | 92,00 B |
| do. junge | 5½ | 5½ | 4 | 95,00 B |
| Goth. Grundcredb. | 8 | 8 | 4 | 104,00 bzG |
| Hamb. Vereins-B. | 10 | 10⅔ | 4 | — — |
| Hannov. Bank | 5 14/15 | 6 | 4 | 102,75 G |
| Königsb. Ver.-Bnk. | 5⅓ | 6 | 4 | 88,00 bzG |
| Ludw.-B.Kwilecki. | 5½ | — | 4 | 52 G |
| Leipz. Cred.-Anst. | 6 | 5⅔ | 4 | 113,50 B |
| Luxemburg. Bank | 8 | 6¾ | 4 | 106,50 B |
| Magdeburger do. | 8 | 5 9/10 | 4 | 107,75 G |
| Meininger do. | 3 | 2 | 4 | 80,05 bzB |
| Nordd. Bank | 8 | 8¾ | 4 | 144,50 G |
| Nordd.Grundcr.-B. | 6 | 5 | 4 | 66,00 B |
| Oberlausitzer Bk. | 1⅔ | 3 | 4 | 64,00 G |
| Oest. Cred.-Actien | 11⅛ | 8⅛ | 4 | 395¾-90 |
| Posner Prov.-Bank | 6½ | 6½ | 4 | 101,25 B |
| Pr.Bod.-Cr.-Act.-B. | 8 | 8 | 4 | 95,50 B |
| Pr. Cent.-Bod.-Crd. | 9½ | 9½ | 4 | 118,75 bz |
| Sächs. Bank | 8 | 5¾ | 4 | 102,60 bzG |
| Schl. Bank-Verein | 5 | 5 | 4 | 89,50 G |
| Weimar. Bank | 0 | 0 | 4 | 38,00 bzG |
| Wiener Unionsbk. | 12 11/15 | 8⅝ | 4 | 112 bz |

### In Liquidation.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Berliner Bank | — | — | fr. | 4,00 G |
| Berl. Bankverein | — | — | fr. | 27 G |
| Berl. Wechsler-B. | — | — | fr. | — — |
| Centralb. f. Genos. | — | — | fr. | 11,00 bzG |
| Deutsche Unionsb. | — | — | fr. | 19,00 G |
| Gwb. Schuster u. C. | 0 | — | fr. | — — |
| Moldauer Lds.-Bk. | 0 | — | fr. | 10 G |
| Ostdeutsche Bank | — | — | fr. | — — |
| Pr. Credit-Anstalt | — | — | fr. | — — |
| Sächs. Cred.-Bank | 5½ | — | fr. | 105,50 G |
| Schl. Vereinsbank | 0 | — | fr. | 62,60 bzG |
| Thüringer Bank. | 0 | 0 | 4 | 74,75 bz |

### Industrie-Papiere.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Berl.Eisenb.-Bd-A. | 0 | — | fr. | 565 G |
| D. Eisenbahnb.-G. | 0 | 0 | 4 | 6,80 G |
| do. Reichs-u.Co.-E. | 0 | 0 | 4 | 70,75 bzG |
| Märk.Sch.Masch.G | 0 | 0 | 4 | 21,25 bzG |
| Nordd. Gummifab. | 5 | 4 | 4 | 50,00 B |
| Westend. Com.-G. | 0 | — | fr. | 0,25 G |
| Pr.Hyp.-Vers.-Act. | 12⅔ | 8 | 4 | 93 00 bzG |
| Schles. Feuervers. | 18 | 25 | 4 | — — |
| Donnersmarkhütt. | 3 | 3 | 4 | 26,60 bzB |
| Dortm. Union | 0 | — | 4 | 8,00 bz |
| do. abgest. | 0 | — | 4 | 11 90 bz |
| Königs- u. Laurah. | 2 | — | 4 | 71,50 bz |
| Lauchhammer. | 0 | — | 4 | 25,50 G |
| Marienhütte | 5 | 3 | 4 | 53,50 B |
| OSchl. Eisenwerke | 0 | — | 4 | — — |
| Cons. Redenhütte | 0 | — | 4 | 75,00 bz |
| Schl. Kohlenwerke | 0 | — | 4 | — — |
| Schl.Zinkh.-Actien | 7 | 6½ | 4 | 86,00 bzB |
| do. St.-Pr.-Act. | 7 | 6½ | 4½ | 95,00 etbzG |
| Tarnowitz. Bergb. | 0 | 0 | 4 | 44,00 B |
| Vorwärtshütte | 0 | 0 | 4 | 4,50 B |
| Baltischer Lloyd | — | — | fr. | 5 G |
| Bresl. Bierbrauer. | 0 | 0 | 4 | — |
| Bresl. E.-Wagenb. | 2⅔ | 1 | 4 | 53,75 G |
| do. ver. Oelfabr. | 3⅔ | 5 | 4 | 52,00 etbzB |
| Erdm. Spinnerei | 0 | 0 | 4 | 19,50 bz |
| Görlitz. Eisenb.-B. | 1⅔ | — | 4 | 57,00 G |
| Hofm.'s Wag.Fabr. | 0 | 0 | 4 | 20,00 B |
| O.-Schl. Eisenb.-B. | 0 | 0 | 4 | 34,00 bzG |
| Schl. Leinenind. | 5½ | — | 4 | 67,60 bzB |
| do. Porzellan | 0 | 1⅔ | 4 | 35 bz |
| Wilhelmsh. MA. | 0 | — | 4 | 26,00 etbz |

Bank-Discont 5 pCt
Lombard-Zinsfuss 6 pCt

## Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

**Kiel**, 16. Septbr. Der Chef der Admiralität, General v. Stosch, ist heute hier eingetroffen; derselbe inspicirte das Cadettenschulschiff „Niobe" und ging mit demselben in See. Hierauf fand eine Besichtigung von Friedrichsort, sowie der Schiffsjungen-Schulschiffe „Rover" und „Undine" statt.

**Wien**, 16. Septbr. Ihre Majestät die Kaiserin Augusta hat als Ehrenmitglied des österreichischen patriotischen Hilfsvereins demselben 1000 Mark übersandt. — Der russische Botschafter in London, Graf Schuwaloff, ist nach Paris abgereist und geht von dort nach London.

**Wien**, 16. Sept. Meldungen der „Polit. Corresp." Aus Konstantinopel vom 16. d. Mts.: Die Pforte beabsichtigt Scheffet Pascha an Stelle Mehemed Ali Paschas als außerordentlichen Commissar nach Albanien zu entsenden. Die Pforte will davon Kenntniß haben, daß eine sehr beträchtliche Anzahl Albanesen unter den Waffen stünde, welche den Einflüssen der Liga von Prizrend gehorchten. — In Folge der Vorstellungen der Mächte über die gefahrvolle Lage der durch die Kurden bedrohten armenischen Bevölkerung in dem Districte von Erzerum nach dem Abzug der russischen Truppen hat der Großvezier beschlossen, einen außerordentlichen Commissar dorthin zu senden. Nach den neuesten Nachrichten aus Batum sind die Lazen in voller Auswanderung aus dem dortigen Bezirke begriffen. Man meint hier, daß mit dem für Ende September in Aussicht genommenen Rückzuge der russischen Truppen auch die englische Flotte aus den Dardanellen zurückgehen werde. — Die französischen Commissäre für Ostrumelien und Bulgarien sind gestern in Konstantinopel eingetroffen. — Aus Athen vom 15. d.: Die Ernennung Achmed Mukhtar Paschas zum Generalgouverneur von Kreta hat auf die griechische Bevölkerung Kretas einen ungünstigen Eindruck gemacht. Die Sphakioten und die Mehrzahl der Chefs der kretensischen Insurgenten haben an die auf Kreta residirenden Consuln ein Memorandum gerichtet, in welchem sie sich auf das Entschiedenste weigern, mit Mukhtar Pascha zu verhandeln. — Die Sendungen türkischer Truppen, so wie die von Waffen und Munition nach Epirus und Thessalien dauern fort; die türkische Regierung läßt die Waffen unter die mohamedanische Bevölkerung von Epirus und Thessalien vertheilen. — Aus Bukarest: Die russischen Truppen setzen die Räumung der Dobrudscha fort.

**Paris**, 17. Sept. „Journal des Debats" meldet: Der türkische Botschafter überreichte Midhat gestern ein Schreiben des Sultans, worin dieser genehmigt, daß Midhat seinem Wunsche gemäß sich nach Kreta begeben dürfte, und daß ein Schiff zur Disposition Midhats gestellt werde, um ihn und seine Familie nach Kreta überzuführen. Das Blatt fügt hinzu, Midhat reise noch im Laufe dieser Woche ab und schiffe sich in Marseille ein, von wo er sich direct nach Kreta begeben werde.

**Triest**, 16. Septbr. Der Lloyddampfer „Vesta" ist mit der ostindischen Ueberlandpost heute Morgen 9 Uhr aus Alexandrien hier eingetroffen.

**New-York**, 16. Septbr. Der Dampfer „Erin" von der National-Dampfschiffs-Compagnie (C. Messing'sche Linie) ist hier eingetroffen.

(Aus L. Hirsch's TelegraphenBureau.)

**London**, 16. Septbr. Aus Jerusalem hier eingetroffene Berichte sprechen die Befürchtung aus, daß ein großer Theil von Palästina einer Hungersnoth entgegengehe, da die Heuschrecken in diesem Jahre zum zweiten Male in ungeheuren Massen die Saaten überfallen haben.

**London**, 16. Septbr. Nach den neuesten Nachrichten aus der Capcolonie sind die Verhältnisse im Transvaalgebiet so ernst geworden, daß der englische Gouverneur sich von Capstadt nach Transvaal begeben hat.

**Konstantinopel**, 15. Septbr. Das armenische Journal „Massis" schreibt, aus officieller Quelle schöpfend, bezüglich der von der europäischen Presse gegen die Türkei gerichteten Angriffe, daß in den Reihen der Insurgenten reguläre türkische Truppen gegen die österreichische Occupations-Armee kämpfen: Diejenigen türkischen Truppen, welche zu den Insurgenten übergingen, sind eingeborene Bosnier. Daß die türkischen Militärbehörden den Uebergang dieser Truppen zu den Insurgenten nicht haben verhindern können, ist natürlich und konnte unter den für Bosnien obwaltenden Verhältnissen nicht anders erwartet werden. Denjenigen, welche damit nur einigermaßen vertraut sind, wird es bekannt sein, daß die Pforte erst seit ungefähr 10 Jahren die Recrutirung in Bosnien mit größter Mühe durchzuführen im Stande war und zwar nur unter der Zusicherung, daß die bosnischen Truppen ausschließlich zur Vertheidigung ihres eigenen Vaterlandes — als Landsturm — verwendet werden sollten. Die Pforte mußte auf das Recht verzichten, die Truppen in andere Theile des Reiches zu senden. Unter Sultan Abdul-Hamid sind drei Bataillone nur versuchsweise nach Konstantinopel geschickt worden; dieselben wurden dort mit größten militärischen Ehren empfangen.

## Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. T. B.) **Paris**, 16 Septbr., Abends. 3% Rente det. 76,45, Neueste Anl. de 1872 113,02, Türken 1865 12,75, Staatsbahn —,—, Neue Egypter 285, —, Banque ottomane 500, 62, Italiener 73, —, Chemins égyptiens —,—, österr. Goldrente, ungar. Goldrente 72¼, Spanier exter. 14⅛, intér. —,—, neueste Russen de 1877 —,—, Türkenloose 84, 06. Ruhig.

**London**, 16. Septbr., Nachm. Consols 95 5/16, Italien. 5proc. Rente 72⅛, Lombarden 6⅜, 3proc. Lombarden-Prioritäten alte —, 3proc. Lomb.-Prioritäten neue —, 5procent. Russen de 1871 80¼, 5procent. Russen de 1872 82¼, 5procentige Russen de 1873 83⅜, Silber 51⅛, Türk. Anleihe de 1865 12⅞, 5proc. Türken de 1869 17⅜, 5proc. Amerikaner fundirte 108 13/16, Oesterr. Silberrente —, do. Papierrente —, 6proc. ungar. Schatzbonds 102, 6proc. ungar. Schatzbonds II. Emiss. 95, 6procentige Peruaner 13⅛, Spanier 14. Platzdiscont 4⅜ pCt.

In die Bank flossen heute 110,000 Pfd. Sterl.

**Frankfurt a. M.**, 16 Septbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 495. Pariser Wechsel 81, 10. Wiener Wechsel 173, 10. Böhmische Westbahn 139½. Elisabethbahn 137. Galizier 199. Franzosen*) 218¾. Lombarden*) 60¾. Nordwestbahn —. Silberrente 53 11/16. Papierrente 51 7/16. Goldrente 61⅜. Ungar. Goldrente 72⅜. Italiener —. Russ. Bodencredit 74¼. Russen 1872 81⅞. Neue russische Anleihe 81¾. Amerikaner 1885 99½. 1860er Loose 105⅝. 1864er Loose —, —. Creditactien*) 193 Oesterr. Nationalbank 677, 75. Darmst. Bank 113⅝. Meininger Bank 80⅜. Hessische Ludwigsbahn 73½. Ungarische Staatsloose 145, 50. do. Schatzanweisungen, alte, 103. do. Schatzanweisungen, neue, —. do. Ostbahn-Obligationen 61⅛ Central-Pacific 103⅜. Reichsbank 156. Deutsche Reichsanleihe 96. Ungar. Nordostbahn-Goldprioritäten —. Schwedische Pfandbriefe —. Matt.

Nach Schluß der Börse: Credit-Actien 194, Franzosen 218½, Lombarden —, —, Galizier —,—, 1860er Loose —, —, ungarische Goldrente —, Russen de 1877 —, —, österr. Goldrente —.

*) per medio resp. per ultimo.

**Hamburg**, 16 Septbr., Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 116⅞, Silberrente 53⅛, Goldrente 61 Credit-Actien 194¾, 1860er Loose 106¾, Franzosen 546, Lombarden 150 Italien. Rente 73, Neueste Russen 82⅞, Vereinsb. 124, Laurahütte 71, Commerzbank 103, Norddeutsche 143⅛, Anglo-deutsche 37¾, Internationale Bank 85, Amerik. de 1885 97¾, Köln-Minden. St.-A. 106¾, Rhein. Eisenb. do. 108¾, Berg.-Märk. do. 77, Disconto 3¼ pCt. — Schluß etwas erholt.

**Hamburg**, 16. Septbr., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco flau, auf Termine fest. Roggen loco still, auf Termine fest. Weizen per September-October 180 Br., 179 Gd., per April-Mai 185 Br., 184 Gd. Roggen per September-October 115 Br., 114 Gd., per April-Mai 122 Br., 121 Gd. Hafer ruhig. Gerste ruhig. Rüböl fest, loco 64, pr. October 62½. Spiritus matt, pr. September 47½ Br., per October-November 42¾ Br., pr. November-December 41¾ Br., pr. April-Mai 41¾ Br. Kaffee ruhig, Umsatz 3000 Sack. Petroleum ruhig, Standard white loco 10, 40 Br., 10, 20 Gd., per September 10, 20 Gd., pr. October-December 10, 30 Gd. — Wetter: Rauh.

**Liverpool**, 16. Sept., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Stetig. Tagesimport 1000 Ballen amerikanische.

**Liverpool**, 16. Septbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 B. — Stetig, auf Zeit 1/32 D. theurer.

**Pest**, 16 Septbr., Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco flau, auf Termine matt, per Herbst 8, 82 Gd., 8, 85 Br. Hafer per Herbst 6, 12 Gd., 6, 15 Br. Mais (Banat) per Mai-Juni 5, 32 Gd., 5, 35 Br. Wetter: Regnerisch.

**Paris**, 16. Sept., Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per September 28, 50, per October 28, 00, per Novbr.-December 28, 00, per November-Februar 28, 00. Mehl behauptet, per September 67, 75, pr. October 65, 00, pr. November-December 63, 25, pr. November-Februar 63, 00. — Rüböl behauptet, per Septbr. 89, 00, per Octbr. 89, 00, per November-Decbr. 89, 00, per Januar-April 88, 50. — Spiritus ruhig, pr. Septbr. 62, 50, per November-Decbr. 60, 50. — Wetter: Schön.

**Paris**, 16. Sept., Nachm. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. Septbr. pr. 100 Klgr. 54, 50, Nr. 5 7/8 pr. Sept. per 100 Kilogr. 61, 50. Weißer Zucker weichend, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. September 61, 25, per October-Januar 60, 00.

**London**, 16. Septbr. Havannazucker flau.

**Antwerpen**, 16. Sept., Nachmittags. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen flau. Hafer behauptet. Gerste ruhig.

**Antwerpen**, 16. Sept., Nachmittags 4 U. 30 M. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 25 bez. u. Br., per Septbr. —, pr. October 25¼ Br., per December 25¾ Br., per October-December 25½ Br. Ruhig.

**Bremen**, 16. Sept., Nachmittags. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 10, 05, per October 10, 15, pr. November 10, 25, pr. December 10, 35.

**Berlin**, 16. Sept. [Producten-Bericht.] Das Wetter ist heute veränderlich, es hat im Laufe des Vormittags tüchtig geregnet, was aber als sehr willkommen erachtet wird und der flauen Stimmung für Getreide keinen Abbruch gethan hat. Der Terminhandel in Roggen ist beschränkt, Preise neigten zum Rückschritt. Waare genießt wenig Beachtung, die besseren Sorten sind jedoch preishaltend. — Roggenmehl matter. — Weizen ziemlich fest eröffnend, ist durch umfangreiche Realisirungen auf laufenden Termin zu erheblichen Rückschritten im Werthe genöthigt worden. — Hafer loco unverändert. Termine matt. — Rüböl ohne wesentliche Aenderung. Umsatz wenig belebt. — Petroleum fester. — Spiritus in ziemlich fester Haltung. Der Verkehr ist schwerfällig, da viel Zurückhaltung besteht auf Seiten der Käufer wie der Verkäufer.

Weizen loco 160—202 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, feiner gelber märk. 186 M., russischer — M. ab Bahn bez., per September — M. bez., per September-October 182—179½ M. bez., per October-November 183 bis 180½ M. bez., per November-December 184 bis 182 M. bez., per April-Mai 188½—186½ M. bez. Gekündigt 12,000 Centner. Kündigungspreis 181 M. — Roggen loco — Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, neuer inländischer 125—129 M., feiner inländischer 130—132 M., geringer — Mark, ab Bahn bez., per September — Mark bez., per September-October 121 bis 120 M. bez., per October-November 121—120 M. bez., per November-December 121½ bis 120 M. bez., per April-Mai 124 bis 123½ M. bez. Gekündigt 33,000 Ctr. Kündigungspreis 120½ M. — Gerste loco 115 bis 185 M. nach Qualität gefordert. — Mais loco pro 1000 Kilo — M. nach Qualität gefordert, bessarabischer — M., amerikanischer 133 M. ab Bahn bez. — Hafer loco 105—155 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 126 bis 132 Mark bez., russischer 115 bis 127 M. bez., pommerscher 128—132 M. bez., schlesischer 125 bis 132 M. bez., böhmischer 126—132 Mark bez., märk. — M., geringer ungarischer — M. ab Bahn bez., per September-October 132½ Mark bez., per October-November 127 M. Br., per November-December 124½ M. bez., per April-Mai 127 M. bez. Gekündigt 2000 Ctr. Kündigungspreis 132½ Mark. — Erbsen: Kochwaare 156—195 M., Futterwaare 130 bis 155 Mark. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 19,00 bis 17,50 M. bez., Nr. 0 und 1: 17,00 bis 15,50 Mark.

Spiritus loco „ohne Faß" 55,6 M. bez., per September 56,6—55,9 bis 55,7 M. bez., per September-October 52,4—52,5 M. bez., per October-November 50,4 M. bez., per November-December 49,5 M. bez., per April-Mai 51,5—51,6—51,5 Mark bez. Gekündigt 40,000 Liter. Kündigungspreis 55,8 Mark.

⊕ **Breslau**, 17. Sept., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen sehr ruhig, bei mäßigem Angebot Preise unverändert.

Weizen in matter Stimmung, pr. 100 Kilogr. schlesischer neuer weißer 14,30 bis 16,80—18,20 Mark, neuer gelber 14,00 bis 16,60 bis 17,60 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen bei stärkerem Angebot etwas ruhiger, pr. 100 Kilogr. 11,80 bis 12,60 bis 13,30 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste in gedrückter Stimmung, pr. 100 Kilogr. neue 12,60 bis 13,80 Mark, weiße 14,40—14,80 Mark.

Hafer ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. neuer 10,20 bis 10,70—11,90 bis 12,20 Mark.

Mais ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 11,60—12,60—13,50 Mark.

Erbsen ohne Frage, pr. 100 Kilogr. 12,80—13,80—16,00 Mark.

Bohnen mehr angeboten, pr. 100 Kilogr. 17,00—18,00—19,00 Mark.

Lupinen schwach gefragt, pr. 100 Kilogr. gelbe 9,00—10,00—11,50 Mark, blaue 9,00—10,00—10,40 Mark.

Wicken ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 10,40—11,00—11,60 Mark.

Oelsaaten gut behauptet.

Schlaglein schwache Kauflust.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Schlag-Leinsaat | 26 | — | 23 | 50 | 21 | — |
| Winterraps | 25 | 75 | 22 | 75 | 19 | 75 |
| Winterrübsen | 25 | 25 | 22 | 75 | 19 | 75 |
| Sommerrübsen | 25 | 50 | 21 | 25 | 18 | 50 |
| Leindotter | 24 | — | 21 | — | 18 | — |

Rapskuchen gut behauptet, pr. 50 Kilogr. 6,90—7,10 Mark.

Leinkuchen ruhiger, pr. 50 Kilogr. 8,40—8,80 Mark.

Kleesamen nominell, rother pr. 50 Kilogr. 32—42—47—52 Mark, — weißer pr. 50 Kilogr. 40—48—57—65—70 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee nominell, pr. 50 Kilogr. 15—19—20,50 Mark.

Mehl in ruhiger Stimmung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 26,50—28,50 Mark, Roggen fein 19,25—20,25 Mark, Hausbacken 18,00—19,00 Mark, Roggen-Futtermehl 8,75—9,50 Mark, Weizenkleie 7,20—8,00 Mark.

Heu 2,60—3,00 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 18,00—20,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

### Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

| Septbr. 16., 17. | Nachm. 2 U. | Abds. 10 U. | Morg. 6 U. |
|---|---|---|---|
| Luftwärme | + 17°,9 | + 8°,9 | + 7°,9 |
| Luftdruck bei 0° | 328''',43 | 329''',99 | 331''',53 |
| Dunstdruck | 4''',66 | 3''',30 | 2''',99 |
| Dunstsättigung | 53 pCt. | 76 pCt. | 75 pCt. |
| Wind | SW. 2. | W. 3. | W. 3. |
| Wetter | trübe. | heiter. Nachm. Regen. | heiter. |
| Wärme der Oder | | | 13°,2. |

Breslau, 17. Sept. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 18 Cm. U.-P. — M. — Cm.




Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.